

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Hg. pro Monat, 1,50 M. pro Quartal, 1,60 M. pro Quart. Durch die Post pro Monat 1,60 Mark; pro Quartal 4,60 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sechs-spaltige Zeile resp. deren Raum 1,-- M. Bei 6maliger Aufnahme 20, bei 12maliger Aufnahme 30 und bei 24maliger Aufnahme 40 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98. **Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.** Telephon-Nr. 98.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe. Verantwortlich für die Redaktion: **Johann Kempfers, Bonn.** Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bonn, Bismarckstr. 42.** Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz oder Tage zur Aufnahme gelangen.

Nach zehn Jahren

(Ein Rückblick)

Das war eine trübe, traurige Zeit,
Zehn Jahre sind darob veronnen,
Die Quellen verlegt und der Verband
Ein ausgetrockneter Bronnen. —
Der Mut versank und die Hoffnung wich,
Das Unheil wollte sich türmen,
Nur die Treuen, Tapfern hielten noch
Das Banner trotz allen Stürmen. —

Und die Feinde sie höhnten schon überall:
Nun muß er ermattet erliegen!
Nun sinkt gebrochen der letzte Wall,
Wir werden, wie immerdar, siegen!
Schon haben die Kämpfer von Mauer und Schanz
Die Schlucht in die Weite genommen —
Ein Schlag noch, ein letzter, vernichtender Schlag,
Dann ist das Ende gekommen. —

Und in Essen da fiel der vernichtende Schlag,
Verloren schien jegliches Hoffen,
Und die feilen Knechte sie jubelten schon:
Nun ist er zu Tode getroffen!
Das war der große „Meineidsprozeß“ —
Doch statt uns das Ende zu geben,
Gab er uns frisches, gesundes Blut,
Gab er uns recht kräftiges Leben. —

Gewiß, die Opfer sie litten schwer
In bangen, unseligen Stunden,
In der Kerkernacht, lebendig tot,
Und haben es noch nicht verwunden. —
Doch wenn es Trost gibt für solches Leid,
Schaut um euch nach Süden und Norden:
Ihr habet den sterbenden Verband,
Ein Riese ist er geworden! —

Wohl schlug man die tapferen Führer in Haft,
Das Urteil wurde gesprochen,
Doch aus dem Bösen erwuchs auch die Kraft,
Die den schlimmen Bann hat gebrochen. —
Ihr Veteranen, ihr alten, wißt,
Wie wir den Schlag aufgenommen —
Und auch den Brüdern, den jungen, ist
Die Kunde davon gekommen. —

Viertausend noch hielten damals Wacht,
Ein Häuflein, doch waren's die Besten —
Nun ziehen Hunderttausend zur Schlacht
Die Hochburg der Knappen zu festen. —
Und mehr und mehr noch ziehen heran
Von allen Ecken und Enden —
Zehn Jahre sind's nach dem „Meineidschlag“ —
Zehn Jahre — wie kann es sich wenden! — B. R.

Zur Erinnerung an den Essener Meineidsprozeß (1895 — 17. August — 1905.)

Den Alten zur Ehr,
Den Jungen zur Lehr.

Zehn Jahre sind verfloßen seit dem furchtbaren Gerichtsurteil. Manchmal will es uns scheinen, als sei alles nur ein böser Traum gewesen. Und doch, die jene schwere Zeit miterlebt haben, sie spüren es, daß es Kriegsjahre waren, die doppelt zählen. Wie oft haben die Alten in unserer Bewegung die Jungen, wenn sie unwillig und mutlos werden wollten, hinvewiesen auf das Unglücksjahr 1895, wo sich alles gegen den „alten“ Verband verbündet hatte zu seiner Vernichtung, aber die Organisation sich gerade dann erhob zu einer vorher nie erreichten Kraft! Und wenn die Welt voll Teufel wäre, den Geist können sie nicht töten, alles kann überwinden werden durch den Geist unerschütterlicher brüderlicher Solidarität!

Wie sah es vor zehn Jahren mit der Bergarbeiterorganisation aus? 1899 gegründet im Sturm und Drang, unter fortwährenden Kämpfen gegen das Kapital 1890, 1891, 1892 und 1893 drang die Organisation nicht so durch zum Kern der Massen, wie es notwendig gewesen wäre zu ihrer Erhaltung und andauernden Stärkung. Strohschäfer ließ die Mitgliederzahl 1889/91 enorm anschwellen, aber die Erschlaffung trat noch schneller ein. Jung, wie die Organisation, war auch die gewerkschaftliche Erfahrung jener Leiter. Geheiß und gemahregelt vom Kapital und den Behörden, in der unbeschreiblichsten Weise beschimpft und verachtet von den feilen und den klerikalen Kapitalbesitzern kamen die leitenden Personen nicht zur gewerkschaftlichen Ausbildung; sie machten nur deshalb taktische Fehler, die jeder andere an ihrer Stelle unter gleichen Verhältnissen vielleicht ebenso gemacht hätte! Kommt man vom Rathaus, ist man allemal klüger. Was die klerikal-christlich-sozialen Schläuberger heute den damaligen Verbandsleitern als schwere Sünden anreiden, das hat Herr Brust nach einer anderen Richtung später noch viel schlimmer gefestigt. Aber während unseren Leuten ihre aus ungenügender gewerkschaftlicher Erfahrung herausgemachten Fehler als „Todsünden“ bis auf den heutigen Tag vorgeworfen werden von klerikaler Seite, wird viel Schlimmeres bei Brust und Gen. als „bedauerliche Entgleisungen“ eingeschubigt.

Der Streik im Saargebiet 1893 entsagte im Ruhrgebiet den Sympathiestreit. Er verlief unglücklich. Die ganze Meute der kapitalistischen Erzknechte fiel heulend über den Verband her. Wie der Rechtschutzverein im Saargebiet durch den Fiskus mit Hilfe der geistlichen Volksvereinsführer zertrümmert wurde — Herr Hilger hat im Essener Prozeß seine geistliche Mundesgenossenschaft ausdrücklich anerkannt — so trieb in den anderen Revieren dem Bergarbeiterverbände die bis zur Stiebtür geheizte klerikale Hege viele Mitglieder ab, die bisher dem kapitalistischen Terrorismus noch Stand gehalten hatten. Damals ist vom Kapital und der ihm in die Hände arbeitenden ultramontanen Pöppel der Grundstein zu der Bergarbeiter- schwaße gelegt worden, infolgedessen die Bergleute von der kommenden Hochkonjunktur nicht den Nutzen haben konnten, von dem Arbeiterstande zuzunehmen. Statt verführend zu wirken, wurde von der ultramontanen Pöppel fortwährend Del in's Feuer des Bruderkampfes geschüttet. Die Folge war eine totale Schwächung der Organisation — und als es dann in der Hochkonjunktur drei regnete, hatten die Knappen keinen Löffel.

Den Höhepunkt erreichte der unselige Bruderkampf im Bergarbeiterlager nachdem 1894, ausgehend von der Anregung des kath. Pfarrers Driessen-Essen, sich eine Gegenorganisation bildete unter dem Namen „Gewerbeverein christlicher Bergleute“. An ihrer Spitze stand bis November 1904 Herr E. Brust, dessen Name allerdings unsterblich fortleben wird in der Geschichte der Bergarbeiterbewegung, aber in einem ganz anderen Sinne als seine

klerikalen Gönner und Beschützer gerne mögen. An den Namen Brust knüpft sich nämlich auch der **Essener Meineidsprozeß!** Brust ist der eigentliche Urheber des furchterlichen Urteils; das schon sichert ihm „Unsterblichkeit“.

Wie heute die „Berliner Richtung“ sich zersplitternd den Gewerksvereinen W. Gladbacher Farbe entgegenwirft, dabei Mittel anwendet, die in der „Breslauer Räuberhunde“ sich herrlich offenbarten, so drangen Brust und Gen. unter Anwendung selbst in der Bergarbeiterbewegung bis dahin unbekannter unerhörter „Agitation“ in die Ortshästen ein, wo der Verband seine Mitgliedschaften besaß. In Waukau bei Herne kam es am Sonntag den 3. Februar 1895 zum Zusammenstoß. Wie jetzt in Breslau die „Berliner“, so arrangierte damals Brust die Waukauer Versammlung, ernannte sich zum „Bureau“, hielt eine Schmähere auf die anwesenden Verbandsführer, und als darauf Schröder um freie Diskussion ersuchte, forderte Brust den **Geudarmen Münster auf, Schröder und Gen. aus dem Saal zu bringen!** Hierbei habe Münster, wie zahlreiche Zeugen bekundeten, Schröder angefaßt und aus dem Saal geworfen. Die „Bergarbeiterzeitung“ berichtete darüber; wegen Verleumdung Münters wurde unser damaliger Redakteur Wagner angeklagt und am 27. Juni 1895 vom Essener Landgericht auf die Aussagen des Geudarmen Münster und des Polizeikommissars Brockmeier-Herne hin zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Unsere Kameraden Schröder, Meyer und Graf, die gegenteilige Aussagen machten wie die beiden Beamten, wurden im Gerichtssaal wegen Verdacht des Meineides **sokort verhaftet**. Zwei Tage später wurden auch unsere anderen vier Entlastungszeugen, die Kameraden Thiel, Beckmann, Witting und Imberger verhaftet. Die Aussagen von sieben Arbeitern waren dem Staatsanwalt weniger glaubwürdig wie das Zeugnis der beiden Beamten, von denen Münster obendrein naturgemäß direkt am Prozeßausgang interessiert war.

Das war ein schwerer Schlag für den Verband, der ohnehin wütend bekämpft wurde, den immer Wühleren der klerikalen zerrüttet hatten und dem nun auch noch seine beiden ältesten und erfährtesten Leiter, Schröder und Meyer, plötzlich entrissen wurden. Was wir damals erlebt, das läßt sich nicht beschreiben; jeder Leser stelle sich selbst vor, was es heißt, wenn einer Organisation plötzlich die mit allen Einzelheiten der Agitation und Verwaltung vertrauten Führer genommen werden; außerdem gerade zu einer Zeit, wo alle Kraft angepannt werden muß, um den Gegnern die Stütze zu bieten. Das waren Zeiten! Die jüngeren Kameraden mögen sich ein Beispiel nehmen an den alten, die damals nicht den Kopf verloren, nicht mutlos die Finte ins Korn warfen, sondern sofort energisch ans Werk gingen, um den Schlag zu parieren.

Sokort wurde Heinrich Müller zum provisorischen Verbandsvorsitzenden berufen, Josef Brangenberg übernahm die Geschäftsführung, Heinrich Hansmann den damals besonders schwierigen Posten des Vorsitzenden des Kontrollausschusses. Als der **Essener Meineidsprozeß** tagte, war die Verbandsleitung schon soweit reorganisiert, daß sie der am 25. August 1895 in Bochum, „Germaniahalle“, tagenden Generalversammlung des Verbandes einen Geschäftsbericht erstatten und eingreifende Vorschläge zur Reform des Verbandes unterbreiten konnte. 78 Delegierte waren anwesend, niemals hat eine Generalversammlung unter so schwierigen Verhältnissen getagt, aber auch niemals kam der unerbittliche Mut der Kameraden so erhebend zum Ausdruck, als auf jener denkwürdigen Generalversammlung, acht Tage nach der Verkündung des furchterlichen Urteils der Essener Geschworenen. Als die Not am grüßten, da offenbarte sich die opfermütige Fähigkeit unserer alten Kerntuppen am schönsten. Die Zedendrucke jubilierte über den Schlag, der uns getroffen, und prophezeite, er würde den Verband endlich vernichten. Aber die Getreuen wurden dadurch aufgepeitscht, ihr Solidaritätsgedühl empörte sich und wir zogen hinaus ins Land zur Agitation mit dem Kampfesruf: **„Nun erst redt!“**

Der Urteilspruch der Essener Geschworenen wurde gefällt nach vierstägiger, ungeheuer ausregender Verhandlung am 17. August 1895 in später Nachtstunde. Er lautete: **Schröder 2 1/2 Jahre Zuchthaus, Meyer und Graf 3 1/2 Jahre Zuchthaus, Imberger, Beckmann und Witting 3 Jahre Zuchthaus, Thiel 6 Monate Gefängnis!** Dazu kam für jeden, außer Thiel, noch 5 Jahre Ehrverlust und immerwährende Unfähigkeit als Zeuge zu fungieren!!! Die Anklage hatte auf **Meineid** gelaute und obgleich weit mehr Zeugen gegen als für Münster auslagten, erkannten doch die Geschworenen auf „schuldig“ gegen Schröder und Genossen. Dieses Urteil ist für alle Zeiten denkwürdig als ein Markstein preußisch-deutscher Justiz.

Unter dem augenblicklichen Eindruck des furchtbaren Urteils schrieben wir für die Nummer 34 der „Bergarbeiterzeitung“ vom 24. August 1895 einen Artikel, den wir nunmehr auszugeweiht wiedergeben wollen, weil er den Leser am besten in die Stimmung jener Tage zurückversetzt. Wir schrieben noch in der Nacht des Unglückstages:

„Wenn wir dies schreiben, dann stehen noch Hunderte von Menschen vor dem Gerichtsgebäude und in den Straßen, unfähig eines klaren Gedankens. Weiber und Kinder weinen über das schreckliche Los ihrer Lieben. Fremde und Bekannte sind niedergelammet. Nicht über die ihnen durch den Richterspruch offenbar gewordene Schuld unserer Kameraden. Nein, keine Stimme erhebt sich, die unsere Freunde verdammt. Jeder ist persönlich, trotz des Richterspruchs, von der Unschuld der Beurteilten überzeugt.“

In den Worten und Tränen der Trauer mischen sich zornige, dem inneren Gefühl entsprungene Worte. Niemand kann für seine Gefühle. Und diese gehören den **Verurteilten, trotz dem Urteil der Geschworenen.**

Es heißt **Volksstimme ist Gottesstimme**. Nun wohl, dann legte Gott seine Stimme für die Beurteilten in die Waagschale, denn das Volksurteil ist nicht so ausgefallen, wie das des Gerichtshofes. Hunderte, tausende von Menschen umlagerten seit dem Mittag des 17. August das Gerichtsgebäude. Die Polizeimannschaft mußte mehrmals die Straße räumen. Vergebens. Immer kehren die Massen wieder zurück; sie standen wie eine Mauer. Ganz Essen, nein das ganze Ruhrrevier erwartete mit fieberhafter Spannung den Ausgang des Prozesses.

In allgemeinen herrschte nur eine Stimme: **die Angeklagten sind unschuldig. Ihre Freisprechung ist sicher.** Diese Ansicht war so stark, daß sogar in einer Druckerei die **Extrablätter**, die die Freisprechung von Schröder u. Gen. der Welt verkünden sollten, einige Stunden vor der Urteilsverkündung fertig im Saal waren. Darum auch warteten **Tausende von Personen aller Stände und Parteien stundenlang vor dem Gerichtshof, um die Freigelassenen zu begräßen**. Jeder, auch nur der geringste Zweifel an eine Freisprechung war in den wartenden Volksmassen ausgeschlossen.

Und nun das Urteil! Anfänglich glaubte niemand das Furchtbare. Als einige Leute aus dem Gerichtssaal kamen und erzählten, daß die Geschworenen das **Schuldig!** ausgesprochen, da wurde die Volkshaft als **Lüge** bezeichnet. Dann kam die bestimmte Bestätigung, zugleich die Verkündung des **Strafmaßes**. Ein **hundertstimmiges Pfui!** schallte zu den Fenstern des Gerichts empor. Volkstoten traten unter die Menge, um die Rufer zu ermitteln. Einzelne Personen wurden **verhaftet**. Vorher hatte man, warum, wissen wir nicht, die Logenstraße (nicht am Gericht) **polizeilich abgesperrt**. Die Menge verließ sich allmählich, **Heberschüttet**. Wer weiß, was die Menge dachte?

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde der Beurteilung durch die ganze Stadt. Wir selbst waren in Lokalen, in denen streng **polizeilich** Essener Mitgeher vertrieben. Alles war **spannend**. Nur

Internationaler Bergarbeiter-Kongress 1905. Erster Verhandlungstag.

Lüttich, den 7. August.

Der Kongress findet statt in dem der Stadt Lüttich gehörenden Kasino Gretry. Das Lokal ist von der Stadt dem Bergarbeiter-Komitee nicht nur gratis zur Verfügung gestellt, sondern aus Gemeindemitteln sind für die Kongressveranstaltungen auch noch 1500 Francs bewilligt.

Um 10 1/2 Uhr eröffnet Cabrot, Belgien, Präsident der belgischen Bergarbeiterunion, den Kongress und erteilt sofort dem Vertreter der Stadt Lüttich, Herrn Gemeinderat Henault das Wort zur offiziellen Begrüßung. Im Namen der Stadt heißt Herr Henault die Delegierten herzlich willkommen. Die Stadtverwaltung freute sich, diesem Arbeiterkongress, der als würdiges Seitenstück zu der Weltausstellung zu betrachten sei, begrüßen und ihm ein Heim bieten zu können. Die Bergleute seien es, auf deren Arbeit sich die Industrie stütze, die Bergleute hätten darum ein besonderes Recht auf Erfüllung ihrer Wünsche. Dieser Kongress sei auch eine Friedensdemonstration, die um so wirksamere Eindruck mache, weil die Welt mit Kriegsgeschrei angefüllt sei. Seien die Völker einzig in dem Bestreben den Frieden zu erhalten, und ihr Blut würde je auf den Schlachtfeldern vergossen, so könne der Frieden erzwingen werden. Die Stadt Lüttich entbiete dem internationalen Bergarbeiterkongress, der auch ein Friedenskongress sei, herzlichste Grüße und wünsche seinen Arbeiten bestes Gelingen. (Stürmischer Beifall.)

Edward S. England, der provisorisch das Tagespräsidium führt, dankt Herrn Henault für seine schönen Worte. Die britischen Bergleute seien stolz darauf, den Anstoß zu dem ersten internationalen Bergarbeiterkongress (1890 in Jolimont) gegeben zu haben. Die brüderliche Gesinnung habe zugenommen, es müßte aber stets auf innigere internationale Solidarität hingearbeitet werden. Manche von denen, die den früheren Kongressen beiwohnten, seien gestorben, die Ueberlebenden seien berufen, das Werk fortzusetzen. (Beifall.)

Sachje, Deutschland dankt ebenfalls Herrn Henault. Uns Deutschen sei es nicht vergönnt, von einer städtischen Behörde oder von einer Vertretung der Regierung so willkommen geheißen zu werden. Wenn unsere Arbeiterkongresse Vertreter der Behörden einladen, so kommen sie nicht einmal, sondern machen allerhand leere Ausreden. Indessen habe das den Fortschritt der Organisation in Deutschland durchaus nicht hindern können. Die Bergarbeiterorganisation sei in Deutschland in den letzten Jahren sehr stark angewachsen. Den ausländischen Kameraden, besonders den englischen, habe er zu danken für die Hilfe, die sie uns während des großen Streiks in diesem Jahre leisteten. Wenn auch Belgien und Frankreich infolge ihrer schwächeren Organisation und anderen Umständen nicht finanzielle Hilfe spendeten wie die Engländer, so zeigte doch der Sympathiestreik, daß wir uns im Ernstfalle auf sie verlassen können. Der Streik hat aber erkennen lassen, welche Mängel unsere internationale Organisation besitzt, es fehlt uns eine ständige Informationsstelle, ein Sekretariat, dessen Schaffung wir von diesem Kongress erhoffen. Wir sind bereit, brüderlich mit den anderen Kameraden zusammen zu arbeiten. (Beifall.)

Deugnet, Frankreich spricht der Stadt Lüttich gleichfalls Dank aus. Ihr Beispiel sei nachahmenswert. In Frankreich sei die gewerkschaftliche Organisation so schwach, weil dort zu viel Kraft auf die politische Propaganda verwendet würde. Hierin müßte eine Wendung eintreten. Dieser Kongress sei eine Friedensdemonstration, denn brüderlich seien die „Erbsünde“ zusammen und seien geneigt, am gemeinsamen Wohle mitzuarbeiten. (Beifall.)

Marville, Belgien drückt Genugtuung darüber aus, daß der erste internationale Bergarbeiterkongress (1890) in Belgien tagte und der diesjährige von einer belgischen Stadt so herzlich willkommen geheißen wurde. Belgien empfinde am besten, wie notwendig der Völkerfrieden sei. Hier habe man noch sehr viel zu tun. In Belgiens Bergbau herrsche noch die längste Arbeitszeit, der niedrigste Lohn und die höchsten Kapitalistenprofite. Es muß gelingen, diese Skandale zu beseitigen. Der internationale Kongress sei berufen, hierbei mitzuwirken. (Beifall.)

und schimpfend hinter dem Gewerkschaftswagen her. Die damals die letzten waren, sind heute die ersten; die damaligen Matadore im Schilde des Bruderstreikes vermögen sich nur noch zu halten — so weit sie überhaupt noch nicht gefallen — indem sie das Gegenteil von dem schreiben, was sie früher als siegreiche Taktik der christlich organisierten Arbeiter verteidigten. Der Druck des Kapitals ist der „Zauberstäbchen“ gewesen, ihm ist das Anelnunderdrücken der Arbeitsbrüder zu verdanken! Dieser „Zauberstäbchen“ wird auch in Zukunft in unseren Diensten wirken, daß wir wir sicher und können darum lächeln über die Versuche der Hverge, das Maß der Zeit aufzuhalten.

Ein trauriger Tag war für uns der 17. August 1895. Über die Schatten weichen, wenn wir überdenken, wie der „vernichtende Schlag“ gewirkt hat. Zahlen beweisen. Die Finanzwirtschaft ist der beste Gradmesser für die Entwicklung der Organisation; denn „Geld regiert die Welt“.

1895 betrug die Gesamtmitnahmen des Verbandes 14140 Mk.; 1898 hatten wir 72 194 Mk. Gesamtmitnahme; 1900 war sie auf 237 636 Mk. gestiegen und das Jahr 1904 brachte dem Verbande eine Gesamtmitnahme von 867 598 Mk. So ist der Verband immerfort — „gestorben“.

Der verhältnismäßig geringfügige Streik 1893 hat unsere Organisation fast zerrüttet; aus dem gewaltigen Generalfreik 1905 ging der Verband ungemein verstärkt hervor! Dieser Verfall läßt am besten erkennen, wie trotz alledem, was noch zu tun ist, doch die Qualität unserer Mitglieder gegen früher sehr viel verbessert ist. Wir haben seit 1895 Streiks geführt in Schlesien, Sachsen, Brandenburg, Braunschweig, Thüringen, Hessen-Nassau, Rheinland-Westfalen, Vöhringen; manche haben wochen, einige (z. B. Neurode) monatelang gedauert; eine ganze Reihe kämpfte brachten den Kameraden schöne Erfolge. Aber auch jene Streiks, die nicht mit einem unmittelbaren Erfolg endeten, haben der allgemeinen Verbandsentwicklung keinen Schaden zugefügt. Die Mitgliederzahl, vor zehn Jahren nur wenige tausende hoch, ist allmählich, in einigen Jahren sprunghaft gestiegen, so daß heute weit über 100 000 Verbandsmitglieder sich um die Fahne der Organisation scharen. Vor zehn Jahren eine Vereinnahmung, die den Gegner zum geringfügigen Spott reizte, ist unser Verband heute die stärkste Bergarbeiterorganisation auf dem europäischen Festlande! Alle Stürme haben ihr nichts anhaben können, aus Sturm und Drang hat sie sich kräftiger denn je zuvor erhoben zum Schutz und Schirm der Arbeiterinteressen.

Mancher von den Alten lebt nicht mehr, die hervorragend mitgeholten haben, den Schlag vom 17. August 1895 zu parieren. Der grüne Nagen deckt sie schon lange, sie konnten nicht mehr schauen die machtvolle Entwicklung der ihr so teuren Organisation, sie hatten nicht mehr das Glück, unser imponantes Bergarbeiterheim zu sehen. Ihrer zu gedenken am heutigen Tage ist aber unsere Pflicht, die wir um so lieber erfüllen, da uns mancher der Vorvorfahren im Leben nahe stand. Sie, die nicht mehr wurden im Kampfe für die Ausbreitung der Organisation, werden fortleben in unserem Gedächtnis als treue Kampfesgenossen und hingebende Pioniere des Verbandes.

Ihr Jungen, tut's den Alten nach! Und drängen die Stürme noch so sehr, wenn auch Augenblicke kommen, wo Jaghaftigkeit in eure Herzen einziehen will, bedenket der tapferen Alten, die unter heftigsten schwierigeren Verhältnissen den gewaltigen und bösartigen Feinden kampfbereit entgegenstehen: „Nun erst recht!“

„Nun erst recht!“ Und wenn sich alles gegen den Verband verschworen hat, dann: „Nun erst recht!“ Vor zehn Jahren erscholl diese ingrimitige Kampfesparole, als die Herzen der Kameraden tief bewegt waren von dem ungeheuerlichen Meinheitsurteil, und die Rechnung ist ausgeglichen worden auf Heller und Pfennig. Was helfen den Unternehmern alle ihre Maßregelungen, was hilft den Verleumdern all' ihr Gift?! „Nun erst recht!“

Ihr Jungen, macht's den Alten nach! Zelgt euch den Pionieren würdig. Se höher uns umeinigt die Mut, um so festeszuverlässiger wollen wir ausruhen: „Nun erst recht stärken wir den Verband!“ Dann sind wir unüberwindlich. Glück auf!

wiederholte Versicherung brachte die Leute zum Glauben an die Schreckensklunde.

In den von Arbeitern hauptsächlich besuchten Lokalen drängte sich das Volk. Wir sahen dort alle ergrante Männer die wie Kinder weinten. „Ich möchte eher mein Leben verloren haben, als so etwas zu erleben,“ so schluchzte ein alter Veteran des Bergbaues. Dazwischen — doch, wo kommen wir hin. Immer ruhig Mut.

Wenn jemals ein Urteil von dem Volksbewußtsein verurteilt, so ist es dieses! Die Geschworenen haben gewiß ihr Schuldig nach bestem Wissen und Gewissen ausgesprochen. Sie haben gewiß gewußt, wem die ungeheure Verantwortung auf ihnen ruhte. Daß Welt und Kinder mit Wangen auf ihren Ausspruch warteten. Daß die Ehre und Ehrliebe einer Reihe von Männern in ihre Hand gegeben. Daß sie sieben Familien entweder der Freude oder dem Mord zuweisen. Groß war ihre Verantwortung — in ihrer Hand lag Leben und Tod von sieben Menschen. Wir sagen Tod — denn für uns ist begraben hinter Mauermauern gleich dem Tode.

Die Geschworenen gaben den Tod. Sieben Menschen wurden ihrer Ehre entkleidet.

Und doch leben sie! Und doch stehen sie ohne Mäkel da! Das Volk spricht: „Die Verurteilten sind unschuldig, trotz des Richterpruches!“ Und Volkstimme ist Gottesstimme!

Sollen wir nun gleich Schwachmütigen klagen? Unsere Gegner werden triumphieren über den „Schlag“. Sie bereiten sich schon vor zu dem Reichensmaus bei dem „Vergeltung“ unseres Verbandes. Werden wir ihnen den Gefallen tun, nunmehr den Kampf um unsere Ehrliebe aufzugeben? Nein, tausendmal nein! Sind auch der Opfer viele, die da fallen, sie düngen nur die Saat. Unsere Bewegung steht und fällt nicht mit einzelnen Personen. Wenn auch der Verlust schmerzhaft ist. — Ausschließen! heißt die Parole. Die Missethäter rücken sich zusammen. An die Stelle der Gefallenen treten andere, die in dem gleichen Geiste wirken. Keine Bewegung kann sich mit der unfrischen an Selbstständigkeit messen. Wir sind keine Schafherde, denn bei dem Stürzen des Führers das Ziel verloren geht. Je mehr Hindernisse zu überwinden sind, je ehrenvoller der Sieg!

Darum Freunde und Kameraden: Vorwärts unbeirrt! Immer treu und fest zu der Organisation. Schafft neue Streiter, daß die Reihen dichter werden. Agitiert in Schacht und Hütte für eure Vereinigung. Der Boden ist gut vorbereitet — sorgt, daß die Saat bald und reichlich aufgeht.

Das sei eure Antwort auf den „Schlag für den sozialdemokratischen Bergarbeiterverband“, über den die „N.-W.-Ztg.“ so helle Freude hat. Und mit Schrecken werden dann unsere Gegner einsehen, daß der deutsche Bergarbeiterverband nicht zu vernichten ist.

Der Bedruf erschallte nicht vergebens. Als unsere Freunde nach jahrelanger Einkerkelung, jubelnd begrüßt von ungeheuren Menschenmengen, zu uns zurückkehrten, da hatte sich der Bergarbeiterverband schon wieder so weit erholt von den gegen ihn geführten, „vernichtenden“ Schlägen, daß die Unternehmung mit ihm rechnen mußten. Brust hatte seinerzeit siegesicher verkündet, der Gewerksverband würde den Verband „aufsaugen“; heute weiß alle Welt, wie sich das Blatt gewendet hat. Damals gaben Brust, G. Weber und Viktor Brauns die Parole aus: „Niemand geht mit dem Verband zusammen!“ — heute lächelt man über jene wahnwitzigen Prophezeiungen. Auch von Kameraden im Gewerksverein wird zugegeben, daß das erstrebenswerte Ziel eine einheitliche Organisation ist. Damals sagten gewaltige Agitatoren der christlichen Gewerksvereine, wir seien deren „Todsünde“, — heute sagt der Hauptvorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerksvereine, Herr Schiffer, das gerade Gegenteil (in Breslau). Damals lautete das Motto: „Wir sind ein Nichtkampfverein“ — die heutigen Gewerksvereinsführer rühmen sich, von uns als Kampfesgenossen anerkannt zu sein. So mußte sich alles, alles wenden. Brust, der eigentliche Urheber des Meinheitsprozesses, ist Anall und Fall gegangen worden; er läuft polternd

Bergarbeiterschutz = Gesetzgebung im Auslande.

Um unsere Kameraden erkennen zu lassen, wie sehr wir in Deutschland im Bergarbeiterschutz noch hinter mancher ausländischen Gesetzbestimmung zurückgeblieben sind, geben wir eine Uebersicht der ausländischen Bergarbeiterschutzgesetzgebung. Wir beginnen mit Nordamerika und beziehen uns dafür auf die Zeitschrift für Bergrecht, 3. Heft, 46. Jahrgang.

Nordamerika.

Die Gesetzgebung über Grubenarbeit (mine labor) ist erklärlicherweise auf die Staaten und Territorien beschränkt, welche Kohle oder andere Mineralien in solchen Mengen erzeugen, daß der Erlaß besonderer Gesetze zum Schutze und zur Sicherheit der in den Gruben beschäftigten Personen gerechtfertigt erscheint. 34 Staaten und Territorien und die Bundesregierung haben solche Gesetze erlassen. Das Bundesstatut findet Anwendung auf die organisierten und die nicht organisierten Territorien, in welchen Kohlengruben in Betrieb stehen.

I. Grubenaufsicht.

25 Staaten und die Bundesregierung haben Vorschriften in Bezug auf die Bestellung von Grubeninspektoren getroffen, welche die Gruben zu beaufsichtigen und darauf zu sehen haben, daß die Bergwerksgesetze beachtet werden. Die Inspektoren werden gewöhnlich vom Gouverneur ernannt und müssen eine technische Ausbildung und Erfahrung besitzen. Neun Staaten verlangen für dieses Amt die Ablegung einer Prüfung. Die Zahl der Inspektoren ist vielfach im Gesetz bestimmt; manchmal ist sie von der Zahl der in Betrieb stehenden Gruben abhängig gemacht. In Maine, New-Jersey und New-York, wo die Bergbaubetriebe nicht bedeutend sind, ist die Ueberwachung der Bergbaugesetze und die Grubenaufsicht den Fabrikinspektoren anvertraut. In allen Staaten, welche eine Grubenaufsicht eingeführt haben, schreiben die Gesetze vor, daß die Inspektoren zu allen vernünftigen gewählten Zeiten Zutritt zu den Gruben haben und daß die Eigentümer und Betreiber ihnen die zur Inspektion notwendigen Erleichterungen gewähren sollen. Ueber diese Inspektionen sollen Verzeichnisse angefertigt und jährlich oder alle zwei Jahre Berichte an den Gouverneur oder die gesetzgebende Körperschaft erstattet werden.

In 23 Staaten und in den Territorien, auf welche das Bundesstatut Anwendung findet, müssen die Bergwerksbetreiber alle schweren Unfälle auf den Gruben den Inspektoren anzeigen. In 13 Staaten müssen in bestimmten Zeiträumen, gewöhnlich einmal im Jahre, den Inspektoren Berichte erstattet werden, in denen die Zahl der beschäftigten Personen, die Höhe der Förderung und andere vom Inspektor verlangte Angaben mitzuteilen sind. In den meisten Staaten müssen den Inspektoren Abgüsse der Grubenrisse übergeben werden.

In Colorado, Ohio und Wyoming können die Bergarbeiter jeder Grube einen Ausschuss aus ihrer Zahl bestellen, um die Grube und die Maschinenanlagen auf ihre Sicherheit zu untersuchen, und der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, ihnen bei solchen Inspektionen jede Erleichterung zu gewähren.

In fast allen Staaten sind die Grubeninspektoren ermächtigt, Anweisungen, welche die Gesundheit und die Sicherheit der Angestellten betreffen, nach Maßgabe des Gesetzes zu erteilen und deren Befolgung zu überwachen.

II. Vorschriften über den Arbeiterschutz.

Diese Vorschriften sind in den führenden Bergbaustaaten ziemlich gleich. Der Unterschied besteht hauptsächlich in der Ausdehnung, welche

den Vorschriften gegeben ist. Diese lassen sich in folgende Gruppen teilen: Vorschriften, betreffend

- 1. die Beschäftigung in den Gruben;
2. die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter;
3. die Gruben, welche Schlagwetter und andere explosive Gase entwickeln;
4. den Schutz der Rechte der Arbeiter bei Regelung der Vermietung oder Verweisung der gewonnenen Kohlen.

I. Vorschriften über die Beschäftigung in den Gruben.

Hierunter fallen die Vorschriften über das Verbot der Beschäftigung von Frauen und Kindern, die Beschränkung der Arbeitszeit für Erwachsene, die Prüfung und die Dienstanweisung der Steiger, Wettermänner und anderer verantwortlicher Personen.

12 Staaten verbieten die Beschäftigung von weiblichen Arbeitern in den Gruben, nämlich Alabama, Arkansas, Colorado, Illinois, Indiana, Maryland, Missouri, Pennsylvania, Utah, Washington, Westvirginien und Wyoming. Dies beschränkt sich in Colorado, Indiana und Westvirginien auf die Kohlengruben, in Wyoming auf die Kohlen-, Eisen- und andere gefährliche Gruben. In Alabama, Illinois und Pennsylvania unterliegen die Gesetze auch die Beschäftigung von Frauen über Tage.

Die Beschäftigung von Kindern in den Bergwerken ist in 27 Staaten und 1 Territorium verboten.

Das Mindestalter, bei dem jugendliche Arbeiter unter Tage beschäftigt werden dürfen, ist in Alabama, Nord- und Süd-Carolina, Norddakota, Iowa, Kansas, Maryland, Missouri, Virginia, Westvirginien und beim Kohlenbergbau in den Territorien 12 Jahre, in Arkansas, Colorado, Idaho, Illinois, Indiana, Kentucky, Minnesota, Montana, New-Jersey, Ohio, Oregon, Süddakota, Tennessee, Utah, Washington, Wisconsin und Wyoming 14 Jahre, beim Anthrazit- und Weichkohlenbergbau Pennsylvaniens und in allen Gruben von Texas 16 Jahre. In Pennsylvanien ist ihre Beschäftigung über Tage vor vollendetem 14. Lebensjahre verboten. Auch in Bezug auf die Vorschriften über die Arbeitszeit der nicht ermahnenen Arbeiter finden sich in den einzelnen Staaten erhebliche Unterschiede.

6 Staaten und 1 Territorium haben gesetzlich die Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter auf acht Stunden täglich beschränkt. Es sind dies Arizona, Colorado, Missouri, Montana, Nevada, Utah und Wyoming, in letzterem Staat jedoch nur für die Arbeiter in Kohlengruben. In Maryland ist die Maximalarbeitszeit für die Bergarbeiter auf zehn Stunden täglich festgesetzt, aber durch Vertrag kann eine längere Arbeitszeit vereinbart werden.

16 Staaten und 1 Territorium haben Bestimmungen über die Pflichten der Betriebsleiter, Steiger, Maschineningenieur oder anderer verantwortlicher Personen getroffen. In den Staaten Alabama, Illinois, Indiana, Iowa, Missouri, Montana, Pennsylvania, Tennessee, Utah und Wyoming bestehen Vorschriften, welche für gewisse Klassen von Angestellten in den Kohlengruben eine Prüfung und behördliche Anerkennung ihrer Befähigung verlangen. Es sind dies die Betriebsleiter, Steiger, Wettermänner, Sicherheitsmänner, Maschineningenieur etc. Die Kommissionen, welche diese Kandidaten zu prüfen und die Befähigungen über ihre Befähigung auszustellen oder deren Ausstellung zu empfehlen haben, bestehen aus drei bis fünf Mitgliedern, von denen gewöhnlich eins ein Staatsgrubeninspektor und die anderen erfahrene Bergleute, Bergwerksbetreiber oder Bergwerksdirektoren in gleichem Verhältnis sind. Die Mitglieder werden entweder vom Gouverneur oder von einem Bezirksgerichtshof auf Ersuchen des Staatsinspektors ernannt und erhalten 4 oder 5 Dollars täglich und Reisekosten während der Amtszeit. In einigen Staaten werden zwei Arten von Zeugnissen an die Steiger ausgestellt, die eine zur Anstellung in Schlagwettergruben, die andere zur Anstellung in anderen Gruben. Die Kandidaten müssen

den Nachweis einer guten Führung erbringen, eine bestimmte Reihe von Jahren praktisch gearbeitet und die vorgeschriebene Prüfung vor der Prüfungskommission bestanden haben.

Missouri schreibt noch vor, daß auch alle Kohlenhauer dem Kohlengrubeninspektor den Nachweis genügender praktischer Erfahrung und Befähigung zu erbringen haben. In Pennsylvanien haben alle Anthrazit-Kohlenhauer eine Prüfung zu bestehen und sich einschreiben zu lassen, bevor sie ihre Beschäftigung antreten dürfen.

II. Vorschriften über die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter.

Diese Vorschriften sind sehr zahlreich und sehr mannigfaltig. Die wichtigsten sind die, daß für jedes Stütz zwei getrennte Ausgänge nach der Oberfläche vorhanden sein müssen und daß für eine genügende Belüftung sowie für einen ausreichenden Vorrat von Holz gesorgt sein muß. Andere Vorschriften betreffen den sicheren Abschluß von Schachtförnungen, die Anbringung von Bremsvorrichtungen an Radeln, von Fangvorrichtungen und Dächern an Fördererben, von Signalvorrichtungen zwischen Hängeband und Füllort der Schächte, von Fahrten in den Schächten, von Flußorten in unterirdischen Förderstrecken, von Schutzvorrichtungen an Maschinen, die Abschließung der Abhängung verlassener Schächte und anderer Öffnungen, die Ueberwachung der Dampfessel auf den Gruben, die Festsetzung der Zahl der auf den Fördererben fahrenden Personen, das Verbot der Benutzung von Fördererben durch Menschen während der Kohlenförderung, die Art und Beschaffenheit des Brennstoffes für das Grubenlicht, die Schickarbeit, die Behandlung der Sprengstoffe und den Aushang der bergbauartigen Vorschriften.

3. Vorschriften für Schlagwettergruben.

Die wichtigsten Vorschriften für die Gruben mit Schlagwettern oder anderen explosiblen Gasen sind: tägliche Untersuchung durch einen Wettermann vor Anfahr der Velegschaft, Beschaffung von Sicherheitslampen durch die Grubenbesitzer und ihre Instandhaltung durch Werkbeamte und Herstellung von Bohrlochern bei den Vorrichtungsarbeiten.

4. Vorschriften über die Rechte der Bergarbeiter.

Fast alle Kohlenbergbau treibenden Staaten haben Gesetze zum Schutze derjenigen Arbeiter erlassen, deren Verdienst von der Menge der gewonnenen Kohlen abhängig ist. In 16 Staaten und 1 Territorium bestimmen die Gesetze, daß die Gruben mit geeigneten Wagen zum Abfuhr der Kohlen zu versehen sind, in 12 Staaten und 1 Territorium, daß der Bergmeister einen Eid leisten muß, seine Pflicht treu und gewissenhaft zu erfüllen, in 16 Staaten und 1 Territorium, daß es den Grubenarbeitern erlaubt ist, auf ihre eigenen Kosten Kontroll-Belegmeister anzustellen, und in 11 Staaten, daß die Kohle vor dem Mätkern gemessen werden muß. Andere Gesetzesvorschriften, die die Bezahlung der Grubenarbeiter betreffen, sind: Verbot des Dr. Systems, Zahlung des Lohnes in gesetzlicher Münze und Festsetzung der Lohnhöhe.

Nachschrift: In den drei Staaten Colorado, Ohio und Wyoming haben also die Arbeiter auch schon das Recht, Arbeiterkontrollbeamte zu wählen, was man den deutschen Bergleuten immer noch rühmend verweigert. Die Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie gänzlich verboten haben Pennsylvania (das amerikanische Ruhrgebiet), Alabama und Illinois — sie sind uns weit voraus. Das schulpflichtige Alter der Kinder ist in den Südstaaten niedriger, weil überhaupt in den heißen Ländern die Kinder sich rascher entwickeln. In 16 Staaten ist das W e g e n d e r F r e d e r a g e n v o r g e s c h r i e b e n , was den deutschen Bergleuten bekanntlich immer noch hartnäckig verweigert wird. Sechs Staaten mit bedeutendem Bergbau haben den gesetzlichen Achtstundentag!

Als in Amerika spricht zunächst auch der Stadt Vütlich den Dank für ihr Entgegenkommen aus. Die Amerikaner leben in Frieden mit allen Völkern, sind doch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika alle Nationen vertreten. Die amerikanischen Bergleute haben sich eine starke Organisation geschaffen, sie umfassen 350.000 Mitglieder. Aber es hat sich herausgestellt, daß bessere Gesetze erzwungen werden müssen durch direkte Teilnahme der Arbeiter an der Gesetzgebung. Die amerikanischen Bergarbeiterverhältnisse sind nicht vergleichbar mit den europäischen. Sicher ist aber, daß auch in Amerika der Arbeiter nicht die Frucht seiner Arbeit erntet, sondern der Kapitalist nimmt sie. Wir sind bereit an der Schaffung eines internationalen Sekretariats mitzuwirken und erklären, daß wir in Zukunft stets Hand in Hand mit den europäischen Kameraden handeln werden. (Beifall.)

Damit ist die Reihe der Ansprachen erschöpft. Es wird das definitive Bureau gewählt. Für den morgigen Verhandlungstag werden in das Präsidium gewählt: Cabrot-Belgien als Vorsitzender, Wilson-England, Schröder-Deutschland und Coda-Frankreich als Vizepräsident. Für die Kongressdauer werden gewählt als Generalsekretär Wilson-England, als Schatzmeister Abraham-England. In den Mandatsprüfungsausschuss und in die Geschäftsordnungs-Kommission delegieren die Deutschen Hansmann.

Die Prüfungskommission kann sofort Bericht erstatten. Es haben Delegierte entsandt England 48, Belgien 28, Deutschland 9, Frankreich 7, Amerika 2. Desterreich ist nicht vertreten. Als von ihnen vertretenen Bergleute gaben an die Engländer 577.500, Belgien 134.000, Franzosen 100.000, Amerikaner 350.000; die Deutschen erklären, es gäbe zwar über 500.000 Grubenarbeiter in Deutschland, von denen über 200.000 in mehreren Verbänden organisiert seien, die deutsche Delegation mache sich aber nur die Vertretung der 130.000 im Bergarbeiterverbande organisierten Kameraden an. — Als Uebersetzer funktionieren die Herren Vernstein-Berlin und Smith-London.

Ein Telegramm von der Österreichischen Bergarbeiterunion wünscht dem Kongress besten Erfolg. (Beifall.) Der Bürgermeister von Vütlich ladet die Kongressdelegierten auf Donnerstag Abend zu einer Festlichkeit im Rathauskafee ein. Die Einladung wird angenommen. — Die Sitzung wird sodann abgebrochen.

Zweiter Verhandlungstag.

Vütlich, den 8. August.

Den Vorsitz führte heute Cabrot (Belgien), mit Wilson (England), Coda (Frankreich) und Schröder (Deutschland) als Vizepräsidenten.

Erster Verhandlungsgegenstand ist die Verkürzung der Arbeitszeit (Achtstundentag).

Wilson-England (Miners-Federation) begründet folgende Resolution:

Wir müssen fortfahren, kürzere Arbeitszeit in den Gruben zu verlangen, bis die Regierung jeder Nationalität, welche auf diesem Kongresse vertreten ist, Gesetze erläßt, welche die Arbeitsdauer in Gruben auf nicht länger als täglich acht Stunden inklusive Ein- und Ausfahrt festsetzt.

Die Frage des Achtstundentages, führt der Redner aus, sei auf früheren Kongressen so eingehend beraten worden, daß längere Ausführungen überflüssig seien. Bedauernd sei nur, daß das englische Gesetz, das die Arbeitszeit der Jugendlichen unter 18 Jahren auf acht Stunden beschränkt, obwohl es in der zweiten Lesung mit großer Mehrheit im Unterhaus angenommen worden, nicht mehr zur Verabschiedung gelangt sei. Leider hätten sich die Bergarbeiterorganisationen von Durham und Northumberland noch immer nicht für die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit gewinnen lassen. (Hört! hört!)

Sache-Deutschland legt eine der englischen fast gleichlautende Resolution zu Gunsten des Achtstundentages vor. Er gibt einen Ueberblick über die letzten Kämpfe um die Schlichtung in Deutschland. Die streikenden Arbeiter hätten gefordert: Achtstundentag einschließlich Ein- und Ausfahrt, Verbot der Ueberstunden. Die Regierung habe wenigstens in den heißesten Gruben die Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt bewilligen wollen, weil sie schließlich zu die englische Bestimmung from bank to bank (einschließlich Ein- und Ausfahrt) aussteige. Aber selbst mit diesem Vorschlag sei sie bei den Grubenherren und beim preussischen Landtag auf erbitterten Widerstand gestoßen. Die durch den Verrat des Zentrums schließlich angenommenen §§ 93b und 93d seien Hauptbestimmungen ohne positiven Wert. Die deutschen Bergarbeiter seien also in diesem Jahre garnicht vorwärts gekommen. Aber im Herbst würden die Arbeitervertreter einen neuen Vorstoß zu Gunsten der Achtstundenschicht machen. (Bravo!)

Die englischen Delegierten stellen eine ganze Reihe von Fragen über den Inhalt der deutschen Berggesetznovelle, das Verhältnis Preisens zum Reich usw.

Sache erwidert ihnen u. a., daß die im neuen Gesetze bestimmte Verkürzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden kaum zwei Proz. der preussischen Bergarbeiter zu gute kommen werde. Selbst die elf- und zwölfstündigen Schichten würden, wo sie jetzt üblich seien, bestehen bleiben.

Die belgisch-französische Resolution lautet:

„Verkürzung der Arbeitszeit in den Gruben auf acht Stunden. Ausdehnung dieses Prinzips auf die Arbeiter über Tage.“ Bevor der Vorsitzende dem Vertreter Frankreichs das Wort erteilt, spricht er sein Bedauern darüber aus, daß die Bergarbeiterdelegierten Wasky und Lamandain (Frankreich), die so vielen internationalen Kongressen beigewohnt hätten, diesmal nicht hätten erscheinen können, weil sie im Jahre 1893 von der belgischen Regierung ausgewiesen worden seien. — Der Kongress beschließt, an sie ein Sympathiegramm zu schicken.

Soutou-Frankreich dankt für diesen Sympathiebeweis. Er gibt dann eine Geschichte des französischen Bergarbeitergesetzes, das am 1. Januar 1906 in Kraft tritt. Im Jahre 1900 brachte der Bergarbeiterabg. Wasky in der Kammer den Antrag auf Einführung des Achtstundentages in der Bergbauindustrie ein. Die Kammer beschloß eine progressive Verkürzung der Arbeitszeit auf 9, 8 1/2 und 8 Stunden für alle Arbeiter unter Tage. Der Senat ließ dann das Gesetz lange Zeit liegen, schob sein Inkrafttreten weit hinaus und beschränkte es auf die Haue. Er berief sich dabei auf den Widerstand eines Teiles der englischen Bergarbeiter selbst gegen das Gesetz über den Achtstundentag, auf den Keunstundentag in Desterreich und die unbegrenzt lange Arbeitszeit in Deutschland. Trotz dieser Verschlechterungen haben die französischen Bergarbeiter dieses Gesetz als eine Abblagszahlung angenommen; sie haben jedoch der Kammer ihre alien — die internationalen — Forderungen vorgelegt und wollen mit aller Kraft die Agitation für den Achtstundentag der Bergarbeiter wie den aller Arbeiter fortsetzen. (Beifall.)

Marville-Belgien: Ich kann aus unserm „Paradies der Kapitalisten“ nicht über Bergarbeitergeschetze berichten. Wohl haben auch wir einen Arbeiterschutzgesetzentwurf entsprechend dem französischen in der Kammer beantragt, aber er ruht seit vielen Jahren schon in irgend einer Kommission. Nicht einmal amtliche Statistiken über die Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiter bei dieser übermäßig langen Arbeitszeit konnten wir erlangen. Nur eine einzige Statistik, auf den Angaben der Unternehmer beruhend, ist über die Länge der Arbeitszeit vorhanden. Danach arbeiten von den 160.000 belgischen Bergarbeitern 7,96 % weniger als 8 Stunden, 7,48 % 8—9 Stunden, 43,78 % 9—10 Stunden, 16,55 % 10—10 1/2 Stunden, 9,98 % 10 1/2—11 Stunden, 4,11 % 11—11 1/2 Stunden, 7,68 % 11 1/2—12 Stunden und 2,49 % mehr als 12 Stunden. Dabei heißt, einen Arbeiter mehr als acht Stunden im Bergwerk lassen, ihn in einen frühen Tod treiben. (Sehr wahr!) Der Vizepräsident Dr. Feltz hat auf dem internationalen Kongress für Hygiene

in Budapest die durchschnittliche Lebensdauer in Belgien für die Wohlhabenden auf 53, für die Mittelklassen auf 36 und für die Arbeiter auf 18 Jahre berechnet. Aus wirtschaftlichen, aus humanitären und politischen Gründen müssen wir mit aller Kraft den Achtstundentag propagieren. (Bravo!)

Nach der Mittagspause erhält zunächst Berrv-Amerika das Wort: Die Amerikaner haben in der internationalen Bewegung feinerer Sonderinteressen. Die Verkürzung der Arbeitszeit in Europa würde sehr günstig auch auf Amerika einwirken. Vor einiger Zeit waren die amerikanischen Arbeitervereinigungen entsetzt über den Gedanken des Achtstundentages, da sie ja in zehn Stunden nicht genug verdienen; aber jetzt sei, wo der Verband festen Fuß gefaßt habe, die Arbeitszeit nicht auf acht Stunden (ausschließlich Ein- und Ausfahrt) reduziert worden. Die Achtstundengesetze in den Staaten Kansas, Ohio und Illinois habe der höchste Gerichtshof für eine unzulässige Beschränkung der Arbeitsfreiheit erklärt. (Lachen.) So habe man jetzt in Kansas einen Italiener, der mit einem Affen herumzog, mit Gefängnis bestraft, weil er den Affen neun Stunden arbeiten ließ; aber die Bergarbeiter, die freien, könnten unbegrenzt lange arbeiten. (Gelächter.) Wenn nicht dem Heere der Arbeitslosen das Heer der Arbeitslosen gegenüberstände, so genügen wohl sechs oder vier Stunden, um alles zu schaffen, was die Gesellschaft brauche. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn aufgestärkte, gemeinschaftstreue Arbeiter nach Amerika hinüberkämen, so würden die dortigen Organisationen sie mit offenen Armen aufnehmen. (Lebhafte Beifall.) — Es folgt die Abstimmung: Wegen dem gesetzlichen Achtstundentag stimmen nur Durham und Northumberland, die nur sieben Stunden arbeiten, alle übrigen Delegierten dafür.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Frauenarbeit liegt von den Deutschen folgende Resolution vor:

Der Kongress erklärt sich für das gesetzliche Verbot der Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie.

Krause-Bildau weist zur Begründung darauf hin, daß noch 15.000 Frauen in Deutschland mit Männerarbeit in der Bergwerksindustrie beschäftigt seien. Das sei ein Noth am künftigen Geschlecht.

Die französische Sektion schließt sich angeschlossen der im Departement du Nord noch bestehenden Frauenarbeit der Resolution an, ebenso die belgische Sektion, die rittelt, daß in Belgien Frauen sogar noch unter Tage arbeiten.

David Gonvers-Schottland: Wir in Schottland und in Lancashire sind in bezug auf die Frauenarbeit schlecht daran als das übrige England. Jetzt haben sich bei uns sogar zwei Bergwerksinspektoren gefunden, die die Frauenarbeit verteidigten, weil sie billiger und besser sei als die der Männer. (Lachen.) Dabei müßten die Frauen die schmutzigste Arbeit verrichten, bei der sie alle Achtung vor sich und bei den anderen Frauen verlieren. Wenn Frauen, wie hier in Vütlich, die Straßen reinigen müßten, so sei das ein Verbrechen an der Menschlichkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Die Frau müßte fähig bleiben, ihre erste Pflicht zu erfüllen, die: Mutter zu sein. (Lebhafte Beifall.)

Berrv-Amerika: Wir haben keine Frauenarbeit im Bergbau. Ich kann mir auch nichts abstoßenderes denken, als diese Arbeit der Frau. (Bravo.) — Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Punkt 3: Verbot der Zulassung von Kindern unter vierzehn Jahren zur Bergwerksarbeit und der jugendlichen Arbeiter unter sechszehn Jahren zur unterirdischen Arbeit wird wiederum von Krause-Bildau behandelt: Im Mansfelder Kupferbergbau würden unter Tage schulpflichtige Kinder zu den schwersten Arbeiten herangezogen. Das Verbot der Kinderarbeit sei eine Forderung der Zivilisation. (Bravo!)

Die französische Delegation teilt mit, daß nach dem geltenden französischen Gesetz Kinder unter dreizehn Jahren auch in den Gruben beschäftigt werden dürften. Doch hätten die Arbeiterabgeordneten jetzt beantragt, das Alter auf sechszehn Jahre zu erhöhen.

Desjardins-Belgien: Schon vom zwölften Jahre an können Knaben tagsüber in der Grube beschäftigt werden. 1903 wurden allein innerhalb der belgischen Gruben 2391 Knaben im Alter von zwölf bis vierzehn Jahren, 4588 im Alter von vierzehn bis sechszehn Jahren bei einem Stundenlohn bis zu zehn Centimes herunter beschäftigt. Wir verlangen, daß die Knaben die Möglichkeit eines vollständigen Schulbesuches haben. (Bravo!)

Harvey-England billigt durchaus die Absicht der Resolution, muß sich aber mangels eines Mandats der Stimme enthalten. Das englische Gesetz gestatte Arbeit unter Tage von vierzehnten Jahre oder von der Abschließung der Elementarschule an.

Hastins-Amerika lehnt der Resolution durchaus sympathisch gegenüber, gibt aber zu bedenken, daß die Geuerkschaft gegen ein solches Kinderschutzgesetz auch bei den amerikanischen Arbeitern noch stark, wenn auch im Schwinden sei.

In der Abstimmung enthalten sich Frankreich und England mangels eines Mandats. Die übrigen Nationen stimmen für die Resolution. — Darauf wird die Weiterberatung auf morgen 10 Uhr vertagt.

Dritter Verhandlungstag.

Vütlich, den 9. August.

Heute führt Schröder-Deutschland den Vorsitz; seine Stellvertreter sind Lematre-Belgien, Grace-England und Brochhaus-Deutschland. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung beantragt die Miners-Federation (England), der Kongress solle Stellung nehmen zu der Frage des Krieges und des Friedens. Die englische Delegation hat sich vereinbart, den Antrag, obwohl er von der Miners-Federation (Bergarbeiterbund) gestellt, von Thomas Wurt, Präsident der Bergarbeiterunion Northumberland, ein Bahnbrecher der englischen Arbeiterorganisation, begründen zu lassen. (Wurt war im Ministerium Gladstone auch Unterstaatssekretär.)

Wurt (lebhaft begrüßt von allen Kongreßteilnehmern) führt aus: Die Ehre dieses Referats ist mir unerwartet zuteil geworden, umsonst als zwischen der Miners-Federation und Northumberland, wie sich erst hier wieder gezeigt, in der Frage des Achtstundentages Differenzen bestehen, allerdings mehr taktischer als prinzipieller Art. Um so höher kann ich aber diese Ehre schätzen. — Eine Frage von größerer Wichtigkeit für alle Klassen und Nationen als die des Krieges und Friedens gibt es nicht. Ist es nicht merkwürdig, daß nach 2000 Jahren christlicher Kultur gerade die christlichsten Nationen unablässig auf Instrumente der Zerstörung und Vernichtung sinnen! (Sehr wahr!) Leider trägt auch England nicht den geringsten Teil der Schuld daran. Hat es doch seine Rüstungen in den letzten 15 Jahren verdoppelt und gibt trotz seiner günstigen insularen Lage, die doch höchstens den Unterhalt einer Flotte rechtfertigen könnte, 70 Millionen Pfund Sterling (1400 Millionen Mark) jährlich für seine Kriegsrüstungen aus. Ich entfinne mich persönlich zwei Kriege: Des Krimkrieges und des Krieges in Südafrika. Den Krimkrieg hält heute jeder Engländer für einen schweren Fehler. Hat doch selbst Lord Salisbury gesagt, wir hätten uns damals auf ein falsches Pferd gesetzt. (Hört, hört!) Für den Südafrikakrieg lastet die Verantwortung wenigstens nicht auf uns. Alle Arbeitervertreter im Parlament, alle Gewerk- und Genossenschaftsführer im Lande haben gegen dieses verbrecherische Unternehmen protestiert. Ich war jüngst in Südafrika und bin entsetzt über das, was ich dort gesehen habe. Auch unter der englischen Bevölkerung herrscht entsetzliches Glend, und ein englischer Soldat hat mir gesagt, er bedauere jetzt auf der falschen Seite gekämpft zu haben. Nur gegen die Arbeiter sei der Krieg geführt worden. (Wiesaches hört! hört!) Das sollte uns lehren, doppelt scharf nachzudenken, wenn wir vom Sturm des Patriotismus hin-gerissen würden. (Sehr wahr.) Höher als Patriotismus stehen

Humanität und Gerechtigkeit. (Lebh. Beifall.) Ich bin stolz darauf, diese internationalen Kongresse mit angeregt zu haben. Welch ein gewaltiges Erziehungswerk haben wir geleistet, anstelle der früheren Verwirrung die Nationen sich näher gebracht und sich verstehen gelehrt. (Zustimmung.) Unwissenheit und Vorurteil sind die Hauptquellen des Krieges. Harmonie und gegenseitige Zuneigung wollen wir an ihre Stelle setzen. (Bravo!) In den 40 Jahren meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit war ich mancher trübten Stimmung unterworfen. Dann dachte ich zurück auf die gewaltigen Fortschritte der Arbeiterorganisationen und an die allmähliche Erlebung der Streiks durch Schiedsgerichte. Auch für Schiedsrecht unter den Völkern kann niemand mehr wirken als die Arbeiter. (Lebhafte Zustimmung.) Nur sie können die allmähliche Abrüstung, die vollständige Entwaffnung, durchsetzen, nur sie an die Stelle brüderlicher Kriege Diskussionen setzen und an die Stelle des Appells an die Waffen den Appell an die Vernunft und die Gerechtigkeit. (Stürmischer Beifall.) Dann werden wir der Zeit näher kommen, von der einst Dichter und Denker nur träumten, dem Reiche der Zukunft. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Sue-Deutschland (besonders von den Engländern warm begrüßt): Ich stehe ganz unter dem Eindruck der Bedeutung des Augenblicks, in dem gerade ein englischer Politiker von so hohem Ansehen und Verdienst, wie Wurt, die Friedensresolution begründete. Denn auf dem Kontinent hat man sich allmählich daran gewöhnt, in England den bösen Geist zu sehen, der stets bereit ist, mit seiner Fackel den Weltbrand zu entzünden. Wurt sagte, England sei im Wettstreit nicht der kleinste Sünder. Auch Deutschland war es nicht zuletzt, das die Rüstungen vorwärts getrieben hat. (Sehr wahr!) Aber die große Masse des deutschen Volkes ist damit nicht einverstanden; sie verabscheut das Kriegsgeschrei einer gewissen Presse und gewisser Spekulantengruppen. In Deutschland wird man sich das Wort Wurts merken, daß auch der Transvaalkrieg nur ein Spekulantenkrieg war; das Wort vom Kämpfen auf der falschen Seite wird unergötzlich sein. Wurt hat ja schon im Jahre 1900 auf dem internationalen Kongress in Paris eine seiner flammenden Reden gegen den Brudermord in Südafrika gehalten, und seinen Mut bewiesen, allen Verleumdungen und Verdächtigungen zu trotzen. Auch hier auf diesem Kongresse haben bereits Vertreter der Nationen es ausgesprochen, daß sie nur im Frieden die Bürgschaft des Völkerglücks erblicken könnten. Sehen Sie diese Weltausstellung: die gewaltigen Erzeugnisse der Kultur — und daneben den Pavillon der Werkzeuge zu ihrer Zerstörung. Vernunft wird Unsin, Wohlat Plage. Wahrlich, diese Ausstellung ist ein trefflicher Anschauungsunterricht für den Völkerrfrieden. (Lebh. Zustimmung.) Wie streng sich die Kriegspartei an, die Waffen immer mehr zu verbessern, um möglichst schnell und möglichst viel zu vernichten. Aber jedes Arbeiterparlament muß ein Friedensparlament sein. (Sehr wahr.) Ein John auf das Christentum ist, wenn Prediger des christlichen Wortes von der Kanzel herab den Brudermord verherrlichen. Christus hätte mit der Geißel seine falschen Nachfolger aus dem Tempel gejagt. (Sehr wahr!) Wer hat jetzt beim Marokkopettakel mit kühnem Schlag den Hauptheer in Frankreich besiegelt? Die sozialistische Partei! So tritt sie auch im deutschen Reichstag, im englischen Parlament, in Belgien, in Desterreich für den Frieden ein. In Berlin wollte Laurds mit seiner wunderbaren Rednergabe für den Frieden demonstrieren. Aber die „friedliebende“ Regierung unseres „Kulturstaates“ schlug ihm die Thür vor der Nase zu. (Schulruse.) Das jetzt, wo der Kriegsgedanke zu Hause ist. Er ist dort zu finden, wo man sich vom Kriege Vorteil verspricht. (Sehr wahr.) Das sind nicht wir. Wie hat nicht unser treuherziger Uebersetzer hier, Edward Bernstein, die langen Jahre der Gasfreundschaft, die er in England gemacht, stets vergolten, indem er jetzt mutig in Deutschland all dem englandfeindlichen Treiben entgegentritt. (Sehr wahr!) Der beste Patriot ist nicht der, wer sagt: „Right or wrong, my country“, „Recht oder Unrecht, es ist mein Land“, sondern der, der die Gerechtigkeit als Panzer führt, Gerechtigkeit gegenüber allen Klassen und Nationen. (Lebh. Beifall.) Jeder von uns ist stolz auf sein Vaterland, keiner von uns ist ein vaterlandsloser Wesell. Aber wir wollen keine Säbelröhre sein, sondern einen harmonischen internationalen Einklang herstellen. (Sehr gut.) Auch diese Kongresse sollen eine Vorbedingung schaffen für die Herbeiführung des Völkerrfriedens. Gerade die Bergarbeiter sind in der Lage, im geeigneten Moment die Mittel zu ergreifen, durch die dem Kriege gleichsam die Nahrung entzogen werden kann. Wir wollen den Frieden, wir wollen die Humanität, genug mit dem Brudermord! Aber wer nicht nur mit Worten für den Frieden eintreten will, der sorge mit uns dafür, daß nicht nur im Hinblick auf die wirtschaftlichen, sondern auch im Hinblick auf die politischen Kriege ein Organ der ständigen internationalen Verständigung der Bergarbeiter geschaffen werde. (Wiesaches Bravo! Der internationale Völkerrbund ist der Friede! Die internationale Verbüderung der Bergarbeiter ist die beste Gewähr für den Frieden. Je mehr wir unserm Streben nach Frieden praktischen Nachdruck verleihen, um so mehr Dienste werden wir leisten dem wahren Patriotismus, dem wahren Christentum, dem wahren Humanität. (Stürmischer, mehrfach erneuter Beifall.)

Berrv-Amerika: Noch nicht, aber bald vielleicht muß man auch von Amerika sagen, das es zu neuen Rüstungen vorwärts treibt. Denn eine Strömung treibt es in diese Richtung hinein. So treibt man's, wie seit Beginn der Menschengeschichte. Nichts wird so eifrig gepflegt wie die Auswüchse am Körper der Menschheit. Auch wir wollen den Frieden. Aber solange der ökonomische Krieg fort dauert, ist auch der dauernde Völkerrfriede eine Unmöglichkeit. Vorerst müssen die Privilegien derjenigen verschwinden, die kein Interesse am Völkerrfrieden haben. Wir lieben die persönliche Freiheit; aber die Freiheit, dem Mitmenschen Böses zu tun, können wir nicht anerkennen. Das Banner mit den Streifen und Sternen ist uns ein Symbol der Freiheit. Aber leider nur der Freiheit, so lange zu arbeiten, wie es dem Unternehmer beliebt. (Gelächter und sehr gut!) Wollen wir den Urgrund des Krieges beseitigen, müssen wir das System abschaffen, das die „Freiheit“ nur ausnützt, um dem Nebenmenschen zu schaden. (Lebhafte Beifall.)

Wuignet-Frankreich: Wir sind nicht so glücklich wie England, das seit den Normannenzügen, seit fast 1000 Jahren keine feindliche Invasion gesehen hat. Frankreich und Belgien war der Schauplatz der blutigsten Völkerrkriege. So sind wir erzogen worden, den „Erbfeind“ vor Augen. Auf der einen Seite die weißen Felsen von Dover, das „perfide Albion“, auf der anderen Seite das Damocleschwert einer deutschen Invasion, das trotz der 34 Jahre Frieden noch immer über uns hängt. Denn die Kapitalistenklasse ist überall für den Krieg; sieht sie doch vielfach ihre letzte Rettung vor der wachsenden Macht der Arbeiterklasse im Kriege. So vermehrt auch der Fortschritt der Arbeiterklasse die ständige Kriegsgefahr. Frankreich war auf dem Wege, ein zweites Spanien, Anrecht des Mexiko zu werden. Es befreite sich durch das Kongregationsgesetz. Aber sofort begannen die Intrigen des Mexiko, das gegen zum Kriege. Ueberall wurde gezischt und getuschelt, ein siegreicher protestantischer Kaiser sollte in Frankreich die Herrschaft des Papstes wieder herstellen. (Gelächter und hört! hört!) Freilich, mehr als vom Kaiser, wird Frankreich vom Kapitalismus bedroht. (Sehr wahr!) Griffen doch die französischen Bourgeoisblätter nach dem Verbot der Jaures-Verammlung in Berlin nicht die deutsche Regierung, sondern — Jaures an. (Hört! hört!) So bedroht der Kapitalismus die Welt mit dem schlimmsten Feinde der Zivilisation, dem Kriege. (Sehr wahr!) Aber selbst ein siegreicher Krieg, was könnte er uns bringen? Einen siegreichen General, der als neuer Napoleon auch eine neue kirchliche Herrschaft heraufführte. (Sehr wahr!) Jeder Bürger Frankreichs ist verpflichtet, bis zum 46. Jahre die Waffen zu tragen. Aber schon mit 40 Jahren steht er vergeblich von Werstatt zu

Werkstatt, umsonst klopf er um Arbeit an: Zu alt! (Lebhafte Zustimmung.) Den Krieg werden wir nicht bößig beseitigen vor der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft. Aber dennoch hat dieser Kongreß die Pflicht, seiner Resolution den Stempel aufzudrücken. Krieg dem Kriege! (Lebhafte Beifall.)

Manu Jacob-Belgien: Auch unser kleines Land, dessen Neutralität und Unabhängigkeit von den großen Nationen garantiert ist, ist von der Wunde des Militarismus ergriffen worden; die Ausgaben sollen noch weit über die jetzigen 100 Millionen Frank erhöht werden. (Hört! hört!) Die herrschenden Klassen wollen nicht ernsthaft den Frieden. Die Großen sind stets darauf bedacht, den Kleinen ihr Land, ihre Kolonien oder Märkte wegzunehmen. Unmittelbar nach der Kaiser Friedenskonferenz brach der blutige Transvaalkrieg aus, und seitdem droht es ständig das Gepeitsch des Krieges. Selten wie froh, daß wenigstens die englischen Arbeiter jede Verantwortung für diese blutigen Taten ablehnen. Wie die Jahresversammlung in Paris: auch dieser Kongreß eine Demonstration für den Frieden sein. Andere werden folgen, und wenn auch jede einzelne zu klein wäre, den Krieg zu verhindern, werden sie alle zusammen doch die herrschenden Klassen zwingen, sich zu fragen, ob der schlimmste Feind diesseits oder jenseits der Grenze liegt. (Sehr gut und Beifall.) Für uns ist das Wort Deutscher, Franzose, Engländer oder Belgier, ja nur ein Vorname, Arbeitsbrüder der wahren Familienname. (Lebhafte Zustimmung.) Und wir wollen keine Erschließung; aber wir führen täglich den schweren Kampf um die Erlangung und gegen die Unterdrückung. Wir haben eine andere Tyrannet zu bekämpfen als die ausländische. Wir haben das große Beispiel der russischen Arbeitsbrüder vor Augen, welche den Krieg bekämpften, um sich für die Freiheit und Gerechtigkeit zu erheben. So müssen auch wir selbst die kesselfessenden und unzufriedenen Arbeiter in das Meer des kämpfenden Proletariats einreihen. (Sehr gut!) Das ganze Proletariat muß den Geist der Friedensfrage begreifen. Denn wird es unerschrocken wie bisher gegen die Kapitalisten, so künftig auch gegen die kriegslustigen Potentaten kämpfen. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Damit schließt die Diskussion. Einstimmig und unter lebhaftem Beifallskundgebungen werden die folgenden beiden Resolutionen angenommen:

1. Der in Vütlich versammelte 16. internationale Bergarbeiterkongreß verlangt die Regelung aller internationalen Streitfragen auf schiedsgerichtlichem Wege. (Antrag England-Belgien.)
2. Der 16. internationale Bergarbeiterkongreß drückt den russischen Arbeitern in ihrem Kampfe für die Arbeiterfreiheit seine warmste Sympathie aus und wünscht ihnen vollständigen Erfolg. (Antrag Deutschland.)

Zum folgenden Punkt: **Minimallohn**, haben Belgien-Frankreich beantragt, der Kongreß möge sich aussprechen für die Errichtung einer Lohnkontrolle seitens der Arbeiterorganisationen. Die beiden Begründer dieser Resolution führen aus, sie hätten keine Gelegenheit, die Angaben der Unternehmer über Löhne, Preise usw. nachzuprüfen, alles müsse auf Treu und Glauben hingenommen werden. Die Durchschnittslöhne in Belgien und Frankreich schwankten zwischen 3-4 Frank (2,40-3,20 Mark). Tausende erwachsene Vergleute erhielten nicht einmal 3 Frank pro Schicht. Die Unternehmerrangablen stimmten nicht mit den wirklichen Löhnen der Arbeiter, darum müsse die Kontrolle der Unternehmerlisten ermöglicht werden. Zu verlangen sei ein auskömmlicher Minimallohn, denn der Arbeiter dürfe nicht auf Gnade und Ungnade der Unternehmerrückseite ausgeliefert sein.

Die Engländer beantragen eine Resolution, welche die auf dem Kongreß vertretenen Nationen verpflichten will, für Einführung eines Minimallohnes zu sorgen. Zur Begründung führt Womborh-England aus, das Prinzip der Lohnzahlung nach dem Stande der Konjunktur bezw. der Kohlenpreise (gleitende Lohnskala) verwerfe die Miners Federation. Der Arbeiter habe ein Recht auf ein Existenzminimum, worunter keinesfalls gegangen werden dürfe. Der Mensch sei keine Sache, die man wegwerfe, sondern müsse das Recht zum unabhängigen Leben anerkannt erhalten.

Böfller-Deutschland schließt sich dem an und teilt die durchschnittlichen Lohnziffern aus Deutschlands Bergbau mit. Die Löhne seien menschenunwürdig, der Arbeiter verarme dabei. Redner erinnert auch an die jämmerliche Entlohnung der fiskalischen Vergleute am Deister. Hier würde das Wort Willova: „Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran!“ sehr drastisch illustriert. In Deutschland erstirben die Arbeiterorganisationen Tarifverträge, in welchem auch ein auskömmlicher Minimallohn festgesetzt sei. So gut wie man durch die Zollgesetzgebung den Agrariern einen zum „standesgemäßen Leben“ ausreichenden Mindestertrag ihrer Wirtschaft garantiere, ebenso gut und mit noch größerem Recht könnten die Arbeiter die Garantie eines Mindesteinkommens verlangen.

Haskins-Amerika ist auch mit den Anträgen einverstanden. Er warnt davor, Amerika als das Land anzusehen, wo das Geld auf der Straße liege. Wohl seien die Löhne höher wie in Europa, aber eine Menge Lebensmittel sind auch viel verteuert worden durch die kapitalistischen Organisationen dieser Branchen. Er würde für den Minimallohn stimmen und zwar für einen möglichst hohen. (Heiterkeit und Beifall.)

In der hierauf folgenden Abstimmung werden die Anträge der Franzosen, Belgier und der Engländer einstimmig angenommen. — Nachdem noch das Bureau für die nächste Sitzung gewählt, werden die Verhandlungen auf morgen vertagt.

Vierter Verhandlungstag.

Vütlich, den 10. August.

Den Vorsitz führt heute Cordier-Frankreich; als Beisitzer fungieren Hurst-England und Haskins-Amerika. Der Kongreß tritt ein in die Beratung des Punktes **Berginspektion**, zu welchem die Deutschen den Antrag stellten, der Kongreß möge sich für **Arbeiterkontrollen** aussprechen.

Hansmann-Deutschland führt dazu aus, zu der jetzigen Berginspektion könnten die Arbeiter kein Vertrauen haben. Als vor 7 bis 8 Jahren sich die Massenunglücke sehr häuften, habe der preussische Bergwerksminister Arbeiterkontrollen verprochen; aber aus Furcht vor der Gewalttätigkeit der Grubenherren sei das Versprechen nicht gehalten worden. Man habe sogenannte „Einfahrer“ aus den Reihen der Beamten angestellt, auch zu ihnen hätten die Arbeiter kein Vertrauen. Es fehle sehr schlimm mit der Berginspektion in Deutschland. 1905 seien auf 1000 Kohlenbergwerke tödlich verunglückt in England 1,26, Belgien 1,4, Frankreich 1,02, Desterreich nicht ganz 1,00, in Deutschland aber 2,00! In Bezug auf Unfälle stehen wir also in Deutschland an der Spitze. Sie haben sich auch sehr stark vermehrt. 1886 sind in Deutschlands Bergbau 6,59 vor 1000 Arbeitern tödlich oder schwer verunglückt, 1903 waren es 14,97 pro 1000 und 1904 schon 15,38 pro 1000! (Hört, hört!) Daraus sieht man, was bei uns die Berginspektion wert ist. In Preußen ist nach Angabe des Berginspektionsberichts 1904 jedes Werk durchschnittlich alle 3 bis 4 Wochen kontrolliert worden. Das ist zu wenig. Aber im Ruhrgebiet, wo angeblich jedes Werk alle drei Tage kontrolliert sein soll, sind 1904 täglich 134 Unfälle geschehen gegen 123 im Vorjahr! Wie das möglich wurde, wenn so häufige gründliche Revisionen stattfanden, kann der praktische Bergmann nicht begreifen. In Bayern ist dort, wo die meisten Kontrollen angegeben sind (Bezirk Zweibrücken), die höchste Unfallzahl! In Sachsen soll 1904 jedes Werk alle 24-25 Tage revidiert worden sein. Obgleich das zu wenig ist, so fragen wir uns doch, was bei häufigen Kontrollen dieser „Berginspektion“

herauskommen kann. Redner schildert dann die Zustände auf der **Unglücksgrube Borussia**, die er aus eigener Anschauung kennt, weil er selbst in den Rettungsmannschaften gehöre. Haarsträubend habe es dort ausgesehen, der Tod von 39 oder 40 Kameraden sei noch ungefühlt, die Bergbehörde schweige zu den schweren Unfällen, die die „Bergarbeiter-Zeitung“ erhebe. Gätten wir Arbeiterkontrollen, gewählt durch die Belegschaften, so würden viele Unglücke, auch das auf Borussia, nicht vorgekommen sein. Deshalb bitten wir, unsern Antrag einstimmig zuzustimmen. (Lebhafte Beifall.)

Caluvert-Belgien sagt, zwar seien bei ihnen Arbeiterinspektoren im Amt, doch würden sie nicht von Arbeitern gewählt, sondern vom „Arbeitsrat“, in dem Unternehmer und ihre Freunde die Mehrheit bilden, dem Minister vorgezogen, der den „Passenden“ aussuche. Dieser Minister hat die Schlagwetter-Explosionen als unabweidbare „Naturereignisse“ bezeichnet, damit der Proff sucht der Unternehmer einen Freibrief ausgestellt. Zu wundern braucht das nicht, gehören doch die Minister zur Unternehmerklasse, viellecht sind sie selbst Grubenaktionäre. Gerade darum verlangen auch wir, daß die Arbeiter direkt ihre Grubenkontrollen wählen. (Bravo!)

Cador-Frankreich (ist selbst Arbeiter-Kontrollleur) sagt, seit 1800 sei bei ihnen gesetzlich die Grubeninspektion durch Arbeiterkontrollen eingeführt. 1894 wurde das Gesetz verbessert. Danach ist wahlberechtigt jeder französische Bergmann, der mindestens 15 Tage in der Vohlliste steht. Die Wahl ist geheim und direkt. Wählbar ist jeder Franzose, der in dem betreffenden Grubenbezirk seit mindestens zwei Jahren Grubenarbeit verrichtet. Das Gehalt vom Staate bezahlt, beträgt 178 bis 210 Francs per Monat. Die Arbeiter wünschen monatlich 24 Inspektionen, aber die Unternehmer setzten im Senat durch, daß nur an sechs Tagen im Monat, zusammen 12 mal, kontrolliert werden darf. Trotzdem erternen auch die amtlichen Berichte an, daß die Arbeiter-Inspektoren sehr nützlich gewirkt haben. (Beifall.)

Richard-England ist der Ansicht, in England seien die Bezirke der staatlichen Inspektoren zu groß, die Beamten seien zu sehr überlastet. In England haben die Bergarbeiter-Organisationen das Recht, durch Beauftragte der Belegschaften die Gruben inspektionen zu lassen. Indessen genügt das nicht, die gelegentlichen Untersuchungen durch die Belegschafts-Delegierten reichen nicht aus. Wir sind deshalb auch für den deutschen Antrag. Wenn Grubenunfälle ansteckend wären, wie Cholera und Pocken, die herrschenden Klassen würden sich nicht so sträuben gegen die Bewilligung der Arbeiterkontrollen. (Beifall.)

Berry-Amerika verzieht auf eine Darlegung seiner heimischen Verhältnisse. Es sei unmöglich in kurzer Rede die verschiedenartigsten Zustände in den 20 bis 30 Staaten zu schildern. Er sei auch für den deutschen Antrag. (Bravo!)

Der deutsche Antrag wird darauf einstimmig angenommen. Die Sitzung ist länger ausgedehnt worden, weil die Nachmittagsitzung ausfällt.

Nachmittags versammelten sich die Kongreßteilnehmer (die deutschen Delegierten vollständig) in dem zur Universität Vütlich gehörenden Lazarett, welches speziell eingerichtet ist zur Aufnahme von wurmkranken Vergleuten. Herr Professor Dr. Lambert, eine anerkannte Autorität auf dem Gebiete der Wurmforschung, hielt den Delegierten einen sehr lehrreichen Vortrag über Entstehung, Entwicklung und Bekämpfung der **Wurmkrankheit**. Der Vortrag wurde wirksam erläutert durch Abbildungen und Präparate. Wir werden über den Vortrag noch besonders berichten. Die Sprecher der einzelnen nationalen Delegierten sprachen Herrn Professor Dr. Lambert für seine wertvolle Belehrung warmsten Dank aus. —

Abends folgte der Kongreß einer Einladung des Bürgermeisters und des Magistrats von Vütlich zu einem gemüthlichen Zusammensein auf dem hiesigen Rathaus.

Fünfter Verhandlungstag.

Vütlich, den 11. August.

Den Vorsitz führt Haskins-England; als Beisitzer fungieren Brenon-Frankreich und Hansmann-Deutschland.

Bevaten wird Punkt 7 der Tagesordnung: **Arbeiterversicherung**. Hierzu beantragt Deutschland, der Kongreß möge sich für die gesetzliche Gewährung einer auskömmlichen Rente an arbeitsunfähige Vergleute oder der Hinterbliebenen verstorbenen erklären.

Brockhaus-Deutschland begründet den Antrag, schildert die Arbeiterversicherung Deutschlands, die sich zwar in mancher Hinsicht vor der ausländischen auszeichne, aber doch den Arbeitern keine Garantie für Rente biete. Es beständen so viel Schwierigkeiten für die Arbeiter, ihre Rente zu erlangen, daß man sagen könne, es stehe in dem Belieben der Letzte, ob die Rente (Knappheitskasse) gezahlt werden solle oder nicht. Wir verlangen, daß einem Knappheitsmitglied nach 25jähriger Dienstzeit unbedingt eine auskömmliche Rente gewährt werden muß. Von der Unfallgesetzgebung verlangen wir ebenfalls die Festsetzung einer Rente, die dem verletzten Bergmann oder den Hinterbliebenen der Getöteten eine auskömmliche Rente gewährt. (Beifall.)

Russel-Frankreich begründet einen dem deutschen Antrag ähnlichen der französischen Delegation. In Frankreich habe ein neues Pensionsgesetz Verheerung geschaffen. Früher betrug die Pension für den Bergmann nach 30 Jahren Dienstzeit 220 Francs, dabei hing er von der Gnade der Grubenbesitzer ab. Das neue Gesetz gewähre nach 30 Jahren Beitragszeit 550 Francs per Jahr. Wenn der Arbeiter stets auf derselben Grube war, legten die Unternehmer die Jahrespension zu auf 800 Francs. Der Beitrag zur Pensionskasse betrug 2% des Lohnes. Das Gesetz enthalte aber noch sehr viel Mängel. Im Parlament sei deshalb die Bergarbeiterdeputation mit Verbesserungen herbeigeföhrt.

Cador-Belgien teilt mit, daß in Belgien bezüglich der Arbeiterversicherung das Schlechteste geleistet würde. Es fehle staatliche Versicherungsinstitute. Man habe hier nur private Kassen, in denen die Kapitalisten die erste Geige spielen. Im Bezirk Vütlich erhält ein Bergmann, wenn er 60 Jahre alt ist, 20 Francs pro Monat. Aber er muß vollständig mittellos sein, sonst wird seine Bedürftigkeit nicht anerkannt. Das sind kulturhöhnende Zustände. Der deutsch-französische Antrag wird einstimmig angenommen.

Nach einer kurzen Begründung durch Cordier-Frankreich spricht sich der Kongreß prinzipiell für die **Nationalisierung (Verstaatlichung) der Bergwerke** aus.

Bugnet-Frankreich befürwortet einen französisch-belgischen Antrag, der den Kongreß erucht, sich prinzipiell für die internationale **Regelung der Kohlenproduktion** auszusprechen. Diese sei notwendig, um der wirtschaftlichen Anarchie entgegenzuwirken, unter der die Arbeiter in erster Linie zu leiden hätten. Der Kongreß habe sich in anderen Fragen für staatliches Eingreifen in das Wirtschaftsleben ausgesprochen, deshalb handle man nur konsequent, wenn die Delegierten sich auch für eine Produktionsregelung erklärten. Alle Mittel der Gesetzgebung und der gewerkschaftlichen Organisation müssen angewandt werden, um eine Produktionsregelung im Sinne der Arbeiterwohlthat zu erzielen. (Beifall.)

Der Kongreß stimmt prinzipiell diesen Ausführungen zu; die englische Delegation erklärt, sie enthielten sich der Abstimmung, weil diese Frage noch nicht genügend diskutiert sei. Prinzipiell seien sie auch dafür. Im selben Sinne gibt Schröder für Deutschland eine Erklärung ab. Der nächste Kongreß soll die Frage eingehender erörtern.

Zwischen haben die Mitglieder des internationalen Komitee in mehrstündiger vertraulicher Besprechung die Frage des inter-

nationalen Sekretariats besprochen, wobei auch debattiert wurde über die gegenseitige Hilfe der einzelnen Länder bei großen Arbeitsstellen etc. Das Ergebnis dieser Besprechung war, daß die anderen Komiteemitglieder sich von den deutschen Rednern überzeugen ließen, es müsse eine permanente internationale Informationsstelle geschaffen werden, wenn auch nicht sofort in gewissem Umfang. Die Praxis würde dann Anweisungen geben für den besten Ausbau des Sekretariats. Das Komitee beschloß, dem Kongreß folgenden Antrag zu unterbreiten:

„Ein internationales Sekretariat der Grubenarbeiter, beauftragt mit der Korrespondenz mit den nationalen Sekretären, und mit der Herausgabe eines vierteljährlichen Situationsberichtes in drei Sprachen (deutsch, französisch, englisch) wird vom 1. September 1906 ab geschaffen. Die englische Bergarbeiterorganisation ist verpflichtet, dieses Institut einzurichten; sie übernimmt während des ersten Jahres provisorisch die Kosten des Sekretariats. Dem internationalen Komitee wird dann über die Tätigkeit des Sekretariats Bericht erstattet und werden dann die Kosten nach den gemachten Erfahrungen auf die nationalen Organisationen verrechnet.“

Der Kongreß heißt die Resolution einstimmig gut! (Lebhafte Beifall.) Damit ist der erste Schritt zu einem systematischen internationalen Zusammenarbeit der Bergarbeiter getan!

Um die neue Einrichtung recht bald kontrollieren und ausbauen zu können, ziehen die Deutschen ihren Antrag, den nächsten internationalen Kongreß erst 1907 abzuhalten, zurück. Der nächste Kongreß wird 1906 in London stattfinden. Zum internationalen Generalsekretär wird Wilson-England gewählt. Zu nationalen Sekretären (Korrespondenten) werden vorgeschlagen und gewählt für Frankreich Lamendin, für Belgien Maroville, für Desterreich (vorgeschlagen auftragsweise von der deutschen Delegation) Ebert, für Amerika Wilson, für Deutschland Huc.

Zu das internationale Aktionskomitee werden gewählt für England Edwards, Abraham und Wilson; für Amerika Wilson; für Frankreich Lamendin, Cognaut und Verant; für Belgien Maroville, Cavrat und Caluvert; für Desterreich Ebert; für Deutschland Schröder, Sachs und Huc. Nach einer Dankrede an die Kongreßteilnehmer und an die Stadt Vütlich für die Ueberlassung des Lokals wird der Kongreß geschlossen.

Vollswirtschaftliche Mundschau.

„Kulturzustände“ auf dem Lande. Noch elender wie das städtische Proletariat wohnt, haust der ländliche Arbeiter, und trotzdem säuert der Junker über Landflucht, wenn die Leute sich endlich ansprechen und aus den Höhlen auswandern. Der Kaiser bezeichnete feinerzeit die Wohnungen auf dem Gute Cadinen schlechter als Schwebeställe, und in der Regel sind sie es auch. Die in Hannover erscheinende „Kirchliche Gegenwart“ schildert Wohnungsverhältnisse in der Provinz Hannover wie folgt: Wir haben Knechtstedenhäuser, d. h. Tagelöhnerwohnungen der bestehenden Bauern gesehen, in die man nicht seine Schweine und Kühe einsperren möchte. Da findet sich weder in Stuben noch Kammern irgend etwas von einem Fußboden. Der Boden ist festgestampfter Lehm, oft mit zahlreichen Löchern. Die Grundbalken des Fachwerks liegen auf dem Erdboden auf oder auf einer Schicht kleiner Feldsteine, so daß der Fuß über den Boden beständig hinstreift. Wo überhaupt Fußböden sind, da haben in den meisten Fällen die Mietleute dies auf eigene Kosten machen müssen. Das Schlammte sind die Schlafräume. Sehr häufig sind es Wutgen oder Alkoven, die keine andere Deckung haben, als nach der dunklsten Stunde, und in ihnen schläft die ganze oder der größte Teil der Familie. Ist noch eine Kammer vorhanden, so ist diese meist ebenso kläglich, fast ohne jedes Fenster und von lächerlich geringen Dimensionen. Ein vom Verfasser kürzlich ausgemessenes Schlafzimmer hatte die Höhe von 1,88 Meter und eine Länge und Breite von 2,10 Meter. Daneben war, nur durch dünnste, lücherige Leinwand getrennt, der Kuhstall. In einem Alkoven, der wenige Fuß hoch war, befand sich die Lagerstätte von drei halb und ganz erwachsenen Weibern. Der eine hatte die Schwindfucht. Als er tot war, nahm man die Leiche einfach heraus und die Brüder schliefen weiter auf demselben Stroh. Die Fenster der Stuben sind nicht selten überhaupt nicht zu öffnen. Der Schmutz ist oft unbeschreiblich. Ueber die Exzente kleiner Kinder, sowie über den Auswurf der Schwindkräftigen weist man einfach Streusand, bis nach längerer Zeit einmal ausgekehrt wird. Klein Wunder, daß Schwindfucht und rheumatische Erkrankungen eine allgemeine Plage der Gegend sind.“ Herrliche Zustände, göttliche Weltordnung!

Fleischnot. Der „Reichsanzeiger“ teilt in den monatlichen Nachrichten über den auswärtigen Handel die Zahlen über die Vieh- und Fleischzufuhr und -Ausfuhr mit. Danach betrug die Zufuhr:

	Metri.	Qmli.
Rindvieh	37 011	28 928 Stück
Milchvieh	16 789	15 517 D.-Str.
Schweinefinkeln	1 273	55 „
Schweinefleisch	129 840	75 705 „

und nur bei Schweinefleisch ist noch eine geringe Steigerung (16 379 auf 16 679 D.-Str.) zu verzeichnen. Im großen und ganzen ergibt sich also ein starkes Nachlassen der Versorgung des deutschen Marktes mit fremdem Vieh und Fleisch, und zwar in einer Zeit, in der alle Großhandelspreise auf starkes Ueberwiegen der Nachfrage über das Angebot hindeuten, von den Kleinvertriebspreisen gar nicht zu reden. Die Beschränkung der Einfuhr verhilft den Agrariern zu dem Zustande, den sie, um die Konsumenten ausnutzen zu können, haben wollen: Der Markt muß sich mit den Preisen abfinden, die ihm vom einheitlichen Angebot diktiert werden.

Gegen den Fleischwucher fanden während der letzten Woche im ganzen Lande stark besuchte Protestversammlungen statt, in denen Resolutionen zur Annahme gelangten, welche die Regierung auffordern, endlich die Grenzen zu öffnen, damit dem deutschen Arbeiter das wichtigste Nahrungsmittel nicht länger vorzuenthalten wird, lediglich zur Bereicherung einer Hand voll steinreicher Großgrundbesitzer. In all diesen Versammlungen kam deutlich zum Ausdruck, daß die Zeiten vorüber sind, wo sich die Germanen nur von Milch, Käse und Fleisch ernährten, wie Julius Cäsar einst berichtete. Heute ist die übergroße Mehrzahl der „Germanen“ gezwungen, sich fast ausschließlich von Kartoffeln zu ernähren, und sogar die fehlen nicht selten und das alles nur, damit eine kleine Zahl Beglückter ein genußreiches Leben führen kann. Es wird Zeit, daß auch die Vergleute sich dem Protest der anderen Bevölkerung anschließen, ebenfalls Volksversammlungen in den Bergmannsbezirken einberufen, denn wenn wir uns nicht rühren, wird man uns auch nicht helfen. Also auf zum Protest gegen den unverantwortlichen Fleischwucher!

„Fromme“ Meite. Geht irgend einmal eine Gründung der Arbeiter zugrunde, gleich fällt die fromme Preßmeute über die schlechte Geschäftsführung her oder denunziert die Leiter der Verrentung von Arbeitergrößen, ruft nach dem Staatsanwalt usw. Noch heute wird unsere heutige Verbandsleitung für den Zusammenbruch des vor sieben-jehn Jahren im Ruhrrevier gegründeten Konsumvereins verantwortlich gemacht, obgleich die damalige Verbandsleitung mit demselben nichts zu tun hatte, viel weniger noch die heutige. Wenn auch in den vielen Jahren der Arbeiterbewegung einige Schöpfungen zugrunde gegangen sind, so doch in den allermeisten Fällen, weil sie der Konkurrenz nicht standhalten konnten, aber nicht durch schlechte oder uneheliche Verwaltung und erst recht nicht durch eine allzu schwere Verwaltung. Im Gegenteil zeichnen sich die Arbeitereinrichtungen vor allen anderen durch eine gewissenhafte und solide Verwaltung aus, und Geschäftsführer der Arbeiterinstitutionen arbeiten oft für den halben Lohn ihrer Herren Kollegen, welche kapitalistische Unternehmen leiten; aber dafür werden sie dennoch beschimpft und bedroht von den „frommen“ Preßtalas, die vor ihrer eigenen Tür wahrhaftig Dreck genug fortzujagen haben. Im „frommen“ Dülken unweit M.-Glabbach ist die Gewerkschaft, eine Sparkasse, in die die armen Arbeiter und Bauern ihre Sparsummen brachten, total verkracht. Von den drei Millionen betragenden Spareinlagen sollen nur noch 60 Prozent „geichert“ sein und das nur, wenn die Liquidation (Auflösung) außergerichtlich

erfolgt. Das wird auch geschehen, denn in der Gesellschaft vertritt man alle Opposition vor der Autorität der Gesellschaft, und diese wird schon einschreiten, ist doch der Vorstand der W. u. M. G., der Bruder des Bischofs von Münster und noch dazu ein sehr „kommer“ Mann. In einer Versammlung der Leitenden hielt ein „kommer“ Oberlehrer folgende Rede: „Wander der Einweisen hätte wohl Lust, seinen gepredigten Serzen Lust zu machen durch eine kräftige Rede über unverschämten Reichtum des Vorstandes bei Gewährung von Krediten, über Spielen mit den Erparnissen anderer, mit den sauer verdienten Groschen von Tagelöhnern und alten Dienstmädchen, mit dem Vermögen von Witwen und Waisen. Aber, meine verehrten Landsleute, solche Lebensarten haben hier keinen Zweck (11), sie bringen uns und anderen nicht den geringsten Nutzen, können vielmehr dem Prolet, nützlichst viel von den gefährdeten Welt zu retten, nur hinderlich sein. Zudem müssen wir zugeben, daß wir alle selbst einen gewissen Fehler gemacht haben. Statt auf die Wichtigkeit anderer hin zu bauen, hätten wir selbst vorichtig sein müssen. Diesen Vorwurf müssen wir alle ohne Ausnahme uns gefallen lassen; wir müssen uns sogar gefallen lassen, daß man unsere Vertrauensseligkeit nicht schenkt, sondern lächerlich findet.“ Ob diese Salubereien die verehrten Redegewandten trösteten? Werden? Also nicht etwa der für seine Verantwortung schwer bezahlte Vorstand, der moralisch und geistlich mit der peinlichsten Gewissenhaftigkeit zu verfahren hat bei der Verwaltung fremder Gelder, dem man unverschämten Reichtum im Kreditgeben und Spielen mit den sauer verdienten Groschen armer Tagelöhner und alter Dienstmädchen vorwirft, nicht dieser Vorstand ist nach dem Herrn Oberlehrer der Hauptschuldige, sondern — die armen Leute, welche über die sichere Anlage ihres Geldes nicht genügend gewacht haben! Wir wollten das Wohlgefallen des Herrlichen Wohlwärtigen mal hören, wollte ein Gewerkschafter oder gar ein Sozialdemokrat eine vertrackte Arbeiterbeschöpfung von Standpunkt dieses Lehrers verteidigen. Wie sollte man über unsere abgrundtiefe Verworfenheit jeteren; aber jetzt, ja Bauer, das ist ein anderer Fall.

Aus den Bergwerbergerichten.

Sernic. Vor der hiesigen Spruchkammer wurde am 17. Juni gegen die Hebe Konstantin der Große verhandelt. Der Bergmann R. G. hatte auf Auszahlung von sechs Schichten wegen vorchriftswidriger Entlassung und auf Wiederzahlung von Strafgebühren in Höhe von 6 Mark, die ihm zu Unrecht abgehoben worden seien. Kläger behauptet, nicht gekündigt erhalten zu haben, wohl habe der Betriebsführer ihm Anfang März gesagt, er solle sich selbst künden, doch dazu habe er keinen Grund gehabt. Dann sei er dreimal zu Unrecht wegen Abschneiden von Holz, und zwar zweimal mit 2 Mark und einmal mit 1 Mark bestraft worden. Das Holzabschneiden bestrafte er nicht, er sei aber förmlich dazu gezwungen gewesen, wollte er nicht stundenlang müßig liegen, da kein passendes Holz geliefert wurde. Aus Vergnügen und noch weniger aus Bosheit schneide doch ein Bergmann seinen Stempel ab. Man solle passendes Holz liefern, dann feile es niemand ein, Holz abzuschneiden. Der Betriebsführer behandelte als Feige, daß er dem Kläger am 8. März in aller Form gekündigt und ihm am 1. April die Wehrer ausgehändigt habe. Durch einen anderen Reuzen wird dieses bestätigt. Kläger will dieses jedoch nur als eine Mißforderung, sich selbst zu künden, aufgefaßt haben. Sein Stempel bestrafte, daß es an Holz gemangelt habe. Fast immer, wenn er vor die Arbeitsstelle des V. gekommen sei, habe er Holzabschnitte gefunden und ihn schließlich bestrafen müssen. Kläger wurde mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Eine Konferenz der organisierten Eisenbahnarbeiter für Sachsen und Mitteldeutschland fand am 6. August im Volkshaus in Leipzig statt. Es war dies die erste öffentliche Konferenz in der sich die armen Staatsproletarier im Eisenbahnbetrieb ohne Furcht und Scheu anzusprechen wagten und das trotz aller Maßregelungen der unverschämten, sachlichen und sonstigen W u d e s. Die Debatten zielten, wie unendlich viel noch fehlt, ehe die Staatsbetriebe Anspruch erheben können, Arbeiterbetriebe genannt zu werden. Uebermäßig lange Arbeitszeit, Abhine von 2,70 Mark pro Tag und in Preußen noch darunter, dabei die politische Unterdrückung, das Verbot der Koalitionen, um die Beamten und Arbeiter an die Betriebe zu fesseln, habe die Verwaltung die Pensionskasse eingeführt. Mit dieser Pensionskasse könne aber die Verwaltung nicht etwa prahlen, denn sie koste ihr jährlich nur 300.000 Mk., während sie beispielsweise für eine Lohnzulage von nur 10 Pfg. 800.000 Mk. ausgeben müßte. Alle Delegierten sprachen sich einmütig dahin aus, daß die Lage der Eisenbahner nur durch die Organisationsverbesserung werden könne, die man trotz des ungeheuren Druckes ausbauen müßte. Bemerkenswert war der Ausspruch eines Delegierten, der anführte, daß diese höhere Beamten gegen den Verband als solcher nichts einzuwenden hätten und den Leuten den Beitritt auch nicht verbieten würden, wenn der „Werk“ (das Fachorgan der Eisenbahner) nicht wäre. Da finden wir ja unsere Betriebsführer einzelner Rechen im Eisenbahndienst wieder, die gegen unsern Verband auch nichts einzuwenden hätten, wenn die verdamnte Bergarbeiterzeitung nicht wäre. Man sieht, daß die Sachhüter der Gewerkschaften sehr gestrichelt sind, ein Beweis, daß sie ihre Schuldigkeit tun, obwohl sie dennoch nicht den Befehl der rabulischen prinzipienfesten Mütter der sozialdemokratischen Partei finden, die man in den Betrieben jedoch durchaus nicht fürchtet. „Das deutsche Volk“, sagt ein anderer Redner, „hat ein großes Interesse an geordneten Zuständen in den Eisenbahnbetrieben, denn davon hängt die Verkehrssicherheit ab, deshalb sei zu erwarten, daß man sich allenthalben auf die Seite der deutschen Eisenbahnarbeiter stelle, die sich unter unendlichen Opfern und Schwierigkeiten das Koalitionsrecht erkämpften, ein Recht, das jedem Staatsbürger gesetzlich gewährt ist. Die Eisenbahnen seien heute weiter nichts als eine Justiztion zur Erzielung von Ueberschüssen. Das liege aber im System. Unglücksfälle seien bei dem schlechten Material und dem meist elenden Zustande der Strecken, der überlangen Arbeitszeit der Angestellten und Arbeiter nur zu natürlich. Intelligente Elemente aus den Kreisen der Arbeiter, die praktische Erfahrung haben, würden nicht herangezogen, dafür aber beschränkte und einseitige Theoretiker. Hand in Hand mit diesem Uebelstande gehe die schlechte Behandlung der Arbeiter durch Vorgesetzte, die oft viel länger seien als der Werkstoff. Um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, müßten und könnten noch Tausende von Arbeitern im Eisenbahndienst beschäftigt werden. Wir verfolgen keine unlauteren Tendenzen, wir haben nur das Bestreben, unser Los erträglicher zu gestalten, und eine menschenwürdiger Existenz zu schaffen. Wenn den Eisenbahnarbeitern vorgeworfen werde, sie seien Sozialdemokraten, so müßte er hier konstatieren, daß niemand anders als die Verwaltungen selbst die Arbeiter der Staatsbahnen in die Arme der Sozialdemokratie getrieben haben. Unter den Eisenbahnern gibt es eine große Anzahl, die darauf verzichten, Beamter zu werden, weil sie wüßten, daß sie von diesem Augenblick die geistigen Sklaven der Verwaltung würden. Wir haben die feste Zuversicht, daß unsere Sache doch noch, trotz aller Verhinderung und trotz der Verhinderung des Koalitionsrechts, trotz des Nichtvorhandenseins des Petitionsrechts zum Siege gelangen wird.“ Eine Resolution, die den Ausbau der Organisation für dringender nötig hält und alle Eisenbahner auffordert, tatkräftig dafür einzutreten, wurde einstimmig angenommen. Weiter wurden noch einige Urträge zur nächsten Generalversammlung gestellt, unter anderem die Anstellung eines besoldeten Vorstehers, der gleichmäßig den Posten eines Redakteurs mitbehalten solle. Auch hier drückt allmählich das Eis.

Ueber die Arbeitslosigkeit in den deutschen Gewerkschaften bringt das „Reichsarbeitsblatt“ in der Statistik vom 2. Quartal 1905. Die an der Arbeitslosenstatistik angeschlossenen Fachverbände, die ihre Berichte so rechtzeitig einreichten, daß sie in dem erwähnten Aufsatze veröffentlicht werden konnten, umfassen insgesamt einen Kreis von 845 218 Personen und einschließlich der Verbände, von denen kein Bericht eingegangen war, einen solchen von 950 000 Personen. In den berichtenden Organisationen waren am 30. Juni 1905 10 549 Mitglieder am Ort und 2388 Mitglieder auf der Reise als arbeitslos gemeldet, zusammen also 12 937 Personen oder 1,6 Prozent aller Mitglieder. Am letzten Tage des ersten Vierteljahres 1905 waren ebenfalls 1,6 Prozent der Mitglieder als arbeitslos gemeldet, am 30. Juni 1904 dagegen 2,1, am 31. März 1904 2,0 und am 30. Juni 1903 sogar 3,2 Prozent. Im Schluß des diesjährigen zweiten Quartals sind die Verhältnisse demnach günstiger gewesen als am gleichen Zeitpunkt der beiden Vorjahre, trotzdem der Personenkreis, den die Statistik damals umfaßte, erheblich geringer war. Im einzelnen war die Zahl der Arbeitslosen bei den verschiedenen Verbänden, wie erklärlich, durchaus nicht gleich. Bei 27 und 55 berichtenden Verbänden, die aber die große Mehrzahl aller Mitglieder, nämlich 648 870 Köpfe umfaßten, blieb sie unter dem Durchschnitts-

von 1,6 Prozent. Dagegen waren in acht Verbänden mehr als 4 Prozent ihrer Mitglieder arbeitslos; davon am meisten bei den Wärdern mit 8,1, den Wildhauern mit 8,7 und den Freizeitern mit 11,6 Prozent. — Fälle von Arbeitslosigkeit wurden während des ganzen Vierteljahres 8824 oder 7,1 Prozent der Mitglieder festgesetzt gegen 7,0 Prozent im gleichen Zeitraum des Jahres 1904 und 8,8 im Jahre 1903, also war auch in dieser Beziehung das Prozentverhältnis günstiger als in den beiden Vorjahren. Verbandsuntersuchung bezogen insgesamt im Laufe des Vierteljahres am Ort 21 882 Arbeitslose an 353 688 Tagen in Höhe von 611 781 Mk. und auf der Reise 12 788 Arbeitslose an 161 864 Tagen in Höhe von 108 302 Mk. An der zur Untersuchung reisender Arbeitsloser veranschlagte Summe hatten den größten Anteil der Stuttgarter Verband der Metallarbeiter, der 212 756 Mitglieder zählt, mit 68 293 Mk., demnächst der Verband der deutschen Buchdrucker (40 000 Mitglieder) mit 35 801 Mk. und der Deutsche Holzarbeiterverband (114 000) mit 20 045 Mk. Diese drei Verbände haben also allein über 132 000 Mk. oder beinahe 80 Prozent der gesamten Reiseunterstützungssumme aufgebracht.

Bei der Gewerkschaftswahl in Greiz legte die Liste des Gewerkschaftsrates mit 571 Stimmen über 272, die auf die „Christlichen“ entfielen. Die Beteiligung war eine sehr schwache.

Verband christlicher Schuh- und Lederarbeiter Deutschlands. Vom 11. bis 8. August tagte in Frankfurt a. M. die dritte Generalversammlung des Verbandes christlicher Schuh- und Lederarbeiter. Der Verband hat zur Zeit 2200 Mitglieder. Die Einnahmen bestanden aus Beiträgen in den letzten 1 1/2 Jahren 30 076 Mk., die Ausgaben 21 087 Mk., davon an Streikunterstützung 8835 Mk., Rechtschutz 562 Mk., Verbandsorgan 219 Mk., Agitation 217 Mk. Der Verband war in der Verbandsperiode 25 mal an Lohnbewegungen und Streiks beteiligt und hat für seine Mitglieder ausnehmende Erfolge zu verzeichnen. Um den Verband leistungsfähig zu machen, wurde einerseits der wöchentliche Beitrag von 20 auf 30 Pfg. erhöht und andererseits neue Unterstützungsmaßnahmen getroffen. Für die Folge gewährt der Verband Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, je nach der Mitgliedschaftsdauer von 22,50 Mk. bis 37,50 Mk. Das Sterbegeld schwankt je nach der Mitgliedschaftsdauer zwischen 10 und 50 Mk. Ebenfalls wird den Mitgliedern Rechtschutz, Unzulage, Streik- und Maßregelungsunterstützung gewährt. Die Redaktion des Verbandsorgans wird von Düsseldorf nach Frankfurt a. M., der Sitz des Ausschusses von Frankfurt a. M. nach Köln verlegt.

Ein zweites Grummischau wird nun doch unterbleiben, denn die Textilarbeiter haben, anstatt ihre mit großen Gewinnen angefüllte Auslieferung durchzuführen, die Forderungen der Färberei-Arbeiter zum Teile bewilligt. In einer am Freitagabend in Meerane stattgefundenen Versammlung der streikenden Färberei-Arbeiter wurde beschlossen, den von der Vergleichenkommission vorgeschlagenen Lohnsatz, welcher einen Mindestwöchentlichen Lohn von 14,70 Mk. für männliche und 9,00 Mk. für weibliche Arbeiter vorsieht, anzunehmen. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt nächsten Dienstag. Mit demselben Tage wird die Aussperrung aufgehoben. Die Färberei-Arbeiter in Glauchau halten morgen vorläufig eine Versammlung ab und hürten vorliegendem Beschluß zustimmen. Die streikenden Färberei, die vorher mit einem Wochenlohn von 18 Mk. nach Hause gehen mußten, hatten 15 Mk. als Mindestlohn gefordert, die Unternehmer gestanden ihnen dann eine Lohnaufbesserung von 10 Pfg. pro Tag oder 60 Pfg. pro Woche zu, welches die Arbeiter nicht annahmen. Nun hat ihre unerschütterliche Haltung gegenüber der Textilproleten und ihre gefährene Einigkeit diese dennoch zu dem Geständnis gezwungen, den Lohn um wöchentlich 1,70 Mk. auszubessern und den raffinierten Plan, den Textilarbeiterverband zu vernichten, haben sie ganz fahren lassen müssen. Hier haben wir also wiederum ein lebendiges Beispiel von der unbefehbaren Macht der Arbeitereinigkeit. Mühen auch die Vergleiche daraus lernen.

Ein Streikabbruch unter starkem Protest, der lebhaft an den Abbruch des Bergarbeiterstreiks erinnert, vollzog sich am 11. d. M. in Breslau bei den Holzarbeitern. Die Dreslauer Maschinenarbeiter in der Holzindustrie waren, um eine kleine Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit zu erlangen, in den Ausstand getreten. Die Unternehmer lehnten die Forderungen, wie das nun einmal „Ehrenpflicht“ bei dieser Sorte „Christenmenschen“ ist, rundweg ab und antworteten mit der Aussperrung von 300 Arbeitern. Diese erzwangen bei ihnen aufgewungenen Kampf mit allen Widerwärtigkeiten aus Solidarität und zur Unterstützung ihrer 200 kämpfenden Kollegen recht standhaft. In der vierten Woche der Aussperrung beschlossen sie, den Abwehrkampf in einen Angriffskampf umzuwandeln und an die übermütigen Unternehmer auch ihrerseits mit Forderungen heranzutreten. Die Veränderung des Schlachtplanes verfehlte bei den Unternehmern seine Wirkung nicht und bewilligten diese den Maschinenarbeitern sofort 2 Pfg. Zulage pro Stunde. Die Maschinenarbeiter gaben sich mit diesem Erfolg zufrieden und die Lokalverwaltung des Verbandes rief nun in Anbetracht der ungünstigen Situation zur Wiederaufnahme der Arbeit, die denn auch in der oben erwähnten Versammlung mit 471 gegen 383 Stimmen beschlossen wurde. In dieser Versammlung wurde von denen, die den Kampf fortgeführt wissen wollten, den Führern, die für Abbruch des Streiks eintreten, die schwersten Vorwürfe gemacht und selbst recht ungeschönte — und das sogar noch von Arbeitern — Schimpfwörter mußten sie sich sagen lassen. Hier handelte es sich aber nur um gut 1000 Arbeiter, wie wäre wohl die Stimmung erst gewesen, wenn es sich um 200 000 gehandelt hätte, wie beim Bergarbeiterstreik? Wie hätte man da nicht auch von „zerstörten Verbandsabstüchern“, die man den Führern vor die Füße warf, von „den ergrauten Arbeitern, die vor Enttäuschung weinten“, von „den Leuten, die den Kopf nicht verloren und den Verband in schwerer Stunde noch retteten“, von „begeistertem Stimmungstumelei“, von „den Führern, die sich auf dem sozialen Kampffeld unfähig gezeigt haben“ usw. usw. schreiben können? Trotz der Vorwürfe, die hier den drei Hauptleitern gemacht wurden, wird die Zukunft ihnen recht geben, daß sie einer begeisterten Armee im rechten Augenblick den Rückzug gebieten haben. Ein Erfolg ist dennoch erungen und mehr war nach ihrer Ueberzeugung bei diesem Kampf nicht zu erlangen, deshalb stellten sie ihn ein und handelten so als Männer, die sich ihrer schweren Verantwortung bewußt waren, durchaus richtig.

Internationale Mundschau.

Die Vertreter von 42 Bergarbeitervereinen des Beckens von Charleroi beschlossen einstimmig, angesichts der günstigen Lage des Kohlenmarktes die Grubendirektionen an ihr bei dem letzten großen Ausstand gegebenen Versprechen zu erinnern, wonach die Löhne erhöht werden sollten, sobald die Konjunktur es gestatte. Sie werden dem Verbandsbestreber vorschlagen, eine gemischte Kommission zu bilden, die die Lohnsätze mit den festen Kohlenpreisen in Einklang bringen soll.

Die seit sechs Wochen ausständigen Grubenarbeiter im Kohlenrevier der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft beschlossen, bei ihren Forderungen zu beharren, und die Bedingungen der Gesellschaft wurden für unannehmbar erklärt. Der Streik dauert also ununterbrochen fort und ist noch an kein Ende zu denken.

Oesterreichische Gewerkschaftsbewegung. Eine so rege Lohnbewegung wie in den letzten Monaten dürfte wohl noch niemals in Oesterreich zu verzeichnen gewesen sein. Zahlreiche Branchen haben — besonders in Wien — Lohnforderungen gestellt und, was das wichtigste ist, fast ausnahmslos zum großen Teile auch siegreich durchgesetzt. Es kam meist zu Tarifverträgen, die außer der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Regel auch das Gute haben, daß sie die Stärkung der Organisation herbeiführen. Der ansehnliche Aufschwung einzelner Gewerkschaften ist nicht selten auf die glückliche Beendigung von Streiks zurückzuführen, die infolge der besonderen Rückständigkeit im betreffenden Gewerke trotz der oft noch recht schwächlichen Organisation notwendig geworden waren. Folgende Branchen in Wien haben sich seit ungefähr einem Jahre günstiger Arbeitsverhältnisse errungen und sind durch ihre Organisationen zum Erfolg geführt worden: Bauarbeiter, Wildhauer, Brauer, Bier-, Gürtler und Bronzearbeiter, Maler und Anstreicher, Schuhmacher, Tischler, Transportarbeiter, (Schwertfischer) und Zimmerer. In der Metallbranche stehen einzelne Gruppen (Schmiede in Wien, Gießereiherzeuger in Fraisen) noch im Kampf. Die wichtigste Errungenschaft ist die Verkürzung der Arbeitszeit, die vielfach erzielt wurde. Für die gesamte Arbeiterschaft der österreichischen Maschinenindustrie kann heute die neunstündige Arbeitsdauer als Maximalarbeitszeit betrachtet werden. Es handelt sich hierbei vorwiegend um die Großbetriebe, denn insgesamt gibt es etwa 1100 Fabriken zur Erzeugung von Maschinen und Werkzeugen mit rund 300 000 Arbeitern, darunter 128 landwirtschaftliche Maschinenfabriken mit 31 000 Arbeitern, sechs Fabrikbetriebe mit 24 000 Arbeitern, 161 Maschinenfabriken überhaupt mit 69 000 Arbeitern. Der vollständige Stillstand der Sozialgesetzgebung in Oesterreich — im Juni waren es 20 Jahre, seitdem das

berühmte „Arbeiterchutzgesetz“ erlassen wurde — zwingt die Arbeiter, die wachsende Verschlechterung der Existenzbedingungen (Verteuerung der Lebensmittel, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen) mit eigener Kraft zu bekämpfen.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund gegen den Generalstreik — oder die „direkte Aktion“. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund bezog, sein in Bern domicilierendes Bundeskomitee hat sich, wie wir schon Sonnabend mitteilten, mit der Frage der „direkten Aktion“ beschäftigt und dazu in einer längeren Resolution ablehnende Stellung genommen. In dieser Resolution wird ausgeführt, daß man dem Versuch der französischen Arbeiter, durch die „direkte Aktion“ den Achtstundentag einzuführen, mit Spannung entgegenstehe. Es sei jedoch bekannt, daß verschiedene französische Gewerkschaftsverbände diese Aktion nicht mitmachen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund verpflichtet sich indes in der Erklärung internationaler Solidarität, den Kampf während jenes Kampfes nach Frankreich zu verhindern. Eine gleichzeitige Parallelation in der Schweiz halte man aber für gänzlich verfehlt, weil die „direkte Aktion“ noch nicht erprobt und die Kontrolle der Einzelaktionen sehr schwer erscheint; unorganisierte Arbeiter zum Anschluß kaum zu bewegen sein werden; der Individualkampf der „direkten Aktion“ vielleicht den Achtstundentag eringen, nicht aber die allgemeine Lohnfrage regeln könne, wozu die Kollektivaktion notwendig sei, die auch die Grundlage der Gewerkschaften und ihrer Erfolge bilde; die gewerkschaftliche Organisation in der Großindustrie noch zu schwach sei zu einem solchen Vorgehen, dem die organisierte Minorität zum Opfer fallen würde; die Gewerkschaften stets die Führung der Achtstundentagkämpfe im Auge haben müssen, die sich an der „direkten Aktion“ nicht beteiligen; die Unternehmer sich entscheiden widerlegen werden und in Folge der lauge vorher erfolgten Ankündigung der „direkten Aktion“ (da darauf auch wirksam vorbereitet können, um so mehr, als sie auch in der Schweiz besser organisiert sind als die Arbeiter; bei den temperamentvollen französischen Arbeitern die „direkte Aktion“ immer noch eine kräftige Aktion für den Achtstundentag sein kann, bei den anders gearteten schweizerischen Arbeitern aber nicht; ein Mißerfolg die im Aufblühen befindliche Gewerkschaftsbewegung schwer schädigen, für einige Zeit kampfunfähig machen und auch die Anstrengungen der Arbeiterschaft für die Revision des Fabrikgesetzes durchkreuzen und lähmen würde. Es soll daher der erprobten Taktik gefolgt und die gewerkschaftliche Organisation, die Erfolge vergrößert, weiter ausgebaut werden. Dieser Stellungnahme des Bundeskomitees wird die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft der deutschen Schweiz zustimmen und ist damit die „direkte Aktion“ in der Schweiz so gut als gescheitert.

Der Streik der Fuhrleute in Chicago hat nach einer Dauer von 15 Wochen mit einer Niederlage geendet. 21 tote und 460 Verletzte fielen als Opfer in den Straßenkämpfen. Die Gewerkschaft der Fuhrleute verlor 300 000 Dollar. Die Arbeitgeber berechnen ihre Verluste auf 2 000 000 Dollar. Der Stadtrat erwirkt 175 000 Dollar Kosten. Am 8. April begann der Streik mit 17 Mann, er gewann einen so gewaltigen Umfang daß einmal 30 000 an Streik beteiligt waren, und zuletzt, Ende Juli, wurden noch 5121 Streiker gezählt. Es handelte sich zuerst um einen Sympathiestreik und später hauptsächlich um die Anerkennung der Union.

Knappschäftliches.

Vorstandssitzung des Allgemeinen Knappschäftvereins vom 8. August. Wie bereits bekannt, scheidet der Chefarzt Dr. Spanken, Leiter der Lungenheilstätte Veringhausen, mit dem 1. November 1905 aus seiner Stellung aus. Die Umstellung eines Nachfolgers hatte bereits den Kuransatzschuß beschäftigt; es wurde jedoch von einer öffentlichen Ausschreibung der Stelle abgesehen, da schon eine Anzahl Bewerbungen vorlagen, u. a. auch vom Knappschäftoberarzt Dr. Tenholt. Der Kuransatzschuß legte der Vorstandssitzung einen Vertragsentwurf von Dr. Tenholt vor, über den verhandelt wurde. Die prinzipielle Abstimmung über die Frage, ob Tenholt nach Veringhausen versetzt werden soll, ergab von 24 Stimmen 10 dafür und 5 dagegen. Die Gegner stimmten nicht gegen die Person, sondern gegen eine Versetzung des Oberarztes, den sie dem Knappschäftverein erhalten wissen wollten. Der Anstellungsvertrag wurde darauf angenommen. Somit ist der bisherige Oberarzt Geh. Medizinalrat Dr. Tenholt als Leiter der Knappschäft-Lungenheilstätte zu Veringhausen gewählt und steht diese vom 1. November 1905 ab unter seiner Leitung. Ob dem Leiter der Heilstätte, wie es bei Dr. Spanken vertraglich festgelegt war, auch weiterhin die Verwaltung des Gutes in Veringhausen unterstehen soll, darüber sind Vorbehalten seitens des Vorstandes vorgelesen. Dr. Tenholt selbst hat früher die Ansicht vertreten, daß der Leiter der Anstalt sich nicht mit den Angelegenheiten des Gutes beschäftigen könne, da die ärztliche Tätigkeit der Heilstätte den Arzt genügend in Anspruch nehme und der Gutsverwalter nicht unter ärztliche Autorität gestellt werden dürfe. Weiter lag ein Verdict vor von der vom Vorstande gewählten Untersuchungskommission, die am 20. Juli die Heilstätte Veringhausen besuchte, um von den Patienten Beschwerden und Wünsche entgegenzunehmen. Die Untersuchung erstreckte sich auf den Zustand des ganzen Gebäudes, auf die Beschaffenheit des Essens, wie auf eine Reihe anderer Beschwerden, die einzeln aufgezählt sich nicht lohnt. Das Resultat war, daß mehrere Beschwerden vorgebracht wurden, doch im großen und ganzen wurde das Essen gut befunden. Seitdem Herr Vergrat Hoffmann in Veringhausen selbst Beschwerden entgegengenommen habe, sei das Essen besser geworden. Am Tage der Untersuchung bestand das Essen (mittags) aus Suppe, Schmorbraten mit Sauce, Kartoffeln mit Topfsalat, dabei das für die Patienten (jeweilig) vom Arzt verordnete Bier- oder Selterswasser. Nachmittags gab es Kaffee und Milch, Butter und Brot. Auf mehrfachen Fragen, ob etwa das Essen am Tage der Revision besser sei als sonst, wurde von den Patienten mit Nein geantwortet. Nach allem dem steht fest, daß die in Veringhausen vorgekommene Unzufriedenheit der Patienten nicht grundlos gewesen ist und daß auf die Beschwerde hin das Essen besser geworden ist. Auch die Angelegenheit der Heilstätte Umbrod kam durch Bekanntgabe des Ergebnisses der Untersuchung der Beschwerden wiederum zur Sprache. Hier wurden die Untersuchungen durch die Landes-Versicherung Weltfalen vollzogen, nicht etwa durch den vom Knappschäft-Vorstand gewählten Untersuchungskommission. Das Ergebnis war, daß gegen einige Patienten schwere Vorwürfe erhoben wurden, die durch den Vorstand erst noch geprüft werden sollen. Erst dann wollen wir darauf eingehen. Von den Arbeitervertretern wurde verlangt, daß der Hauptbeschuldigte Kenntnis von der Aufschubigung erhalten müsse, um sich rechtfertigen zu können. Die Verwaltung hat Warenlieferanten gekündigt und festgelegt, daß Unzuträglichkeiten vorgekommen sind, und daran ändert auch die Anklage gegen einige Patienten nichts. Aus Anlaß des eingetretenen Schadens infolge Witterungsbruches wurde für Instandhaltung der Gartenanlagen usw. zu Veringhausen ein weiterer Betrag von 3000 Mark bewilligt. Auf Antrag der Verwaltung wurde diese bevollmächtigt, die Angehörigen-Unterstützung zu zahlen, sobald der Geschäftsausschuß solche befürwortet hat. Urträge auf Bewilligung des ganzen Krankengeldes für in Heilstätten befindliche Lungentranke wurden 23 bewilligt und einer abgelehnt. Weiter bewilligt wurden elf Urträge auf künstlichen Zahneratz. Wiederaufnahmegesuche lagen 28 vor, wovon 24 genehmigt und 4 abgelehnt wurden.

Den Vorstandsmittgliedern ist eine Zusammenstellung zugegangen darüber, inwiefern der letzte Bergarbeiterausstand einen Einfluß auf Einnahme und Ausgabe des Vereins hatte. Nach der Zusammenstellung soll an Krankenfeld eine W e h r a u s g a b e von 234 203,78 Mark enthalten sein. Ebenso an Krankenschwepfgeboten 40 962,06 Mark und an Arzneikosten 32 449,84 Mark. Die Berechnung ist schätzungsweise erfolgt mit der Vergleichung der Ausgaben für das letzte Vierteljahr 1904 mit dem ersten Vierteljahr 1905. Demnach betragen die wahrscheinlichen Mehraufwendungen 307 615,68 Mark. Dazu kommt noch der Ausfall an Einnahmen. Diese wird wieder im Vergleich des vierten Quartals 1904 zum ersten Quartal 1905 angenommen und ergäbe für das erste Vierteljahr 1905 eine Wenigereinnahme an Beiträgen für die

Krankenkasse	584 268,71 Mark
Pensionskasse	658 923,56 "
Zins- und Alterskasse	208 423,58 "
zusammen 1 448 615,79 Mark	

Werden von vorstehender Summe die gezahlten Feierschichtengelber in Höhe von 45 241,60 Mark in Abzug gebracht, so verbleibt ein Ausfall an Einnahme von 1 401 374,19 Mark. Demnach wäre durch den Bergarbeiterstreik der Allgemeine Knappschäftverein benachteiligt um 307 615,68 Mark Mehrausgabe und um 1 401 374,19 Mark Wenigereinnahme, mithin zusammen um 1 708 989,87 oder rund 1 700 000 Mk.

Knappschäftskälte-Rathwahlen finden am 19. August in Strauß und Gaeßel statt, wo wir unbedingt siegen müssen. Kameraden, auf zum Geßel!

Kameraden, agitiert für den Verband!

Zahlstellen-Verfammlungen und Steuertage.

Sonntag, den 20. August 1905:
(Dritter Sonntag.)

Alversdorf. Nachmittags 4 Uhr, im Feudischen Lokale.
Benninghofen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gwahl
 Schildmann, Weilerhof.
Bochum II. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Bernhard
 Sülhoff, Wittenerstraße.
 Berichterstattung von der Generalversammlung. — Ausflug. — Ver-
 schiedenes.
Bredensfeld. Nachmittags 5 Uhr.
Gerdsdorf. Abends 7 Uhr, im Gasthof „Zum gelben Tal“: Steuertag.
Harpen. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Paschhoff, selbiger Stang.
Hofstedenhausen b. Wanne. Jeden 8. Sonntag bei Carl Bergmann.
Holzwickede. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Griesse, Chauffeur.
Kamen I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hesselmann.
Kayna. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zur goldenen Sonne“.
Köfpen. Abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Jägerhof“ zu Grimma.
Königsbutter. Nachm. 4 Uhr, „Deutsches Haus“, (Wirt Warmbold).
Kangendroer. Nachm. 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Sprödt, Kaiserstr.
 Berichterstattung des Vizepräsidenten über seine Tätigkeit.
Lindehorst. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Selter.
Ludensau. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus „Wald auf“, Stroddau.
Maffenerheide. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fritz Sille-
 ringmann.
Musfelwick. Nachmittags 8 Uhr, im Restaurant „Deutscher Kaiser“.
Ober-Rastrop. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ruppen-Rastrop.
Oberlungwitz. Nachmittags 4 Uhr, in Engels Restaurant.
Ottleben. Nachmittags 3 Uhr, an bekannter Stelle.
Ohlig. In der Wohnung des Vertrauensmannes.
Proßkiffa. Jeden 8. Sonntag im Monat, nachmittags von 3—4 Uhr.
 im Lokale des Herrn W. Ostwald.
Rauno. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Behmann.
Schönningen. Nachmittags 3 Uhr, im „Löwen“.
Schönberg III. (Zeit fehlt.) Im Lokale des Herrn Karas in Reppitz.
Schöde. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiltz, Schopp, Chauffeur.
Teudern. Abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum grünen Baum“.
Teufenthal. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Weizner.
Trebnitz. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Treubler.
Ueberruhr. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Krefz.
 Die nächsten Aufgaben unseres Verbandes. Referent zur Stelle.

Alten (Elbe). Jeden Sonntag nach dem 15. in der Herberge.
Agendorf. Jeden Sonntag nach dem 15., nachmittags 8 Uhr, im
 Lokale des Herrn Fiedler.
Gästen. Jeden Sonntag nach dem 15., im Monat, abends 7 Uhr, im
 Lokale des Herrn Hermann Hartge.
Lugau-Niederwärschitz. Jeden Sonntag nach dem 17., nachmittags
 4 Uhr, im Restaurant Fledersberg.
Stahlfurt. Jeden Sonntag nach dem 16., nachmittags 3 Uhr, im
 Wiepenerischen Lokale.
Stollberg i. Sa. Jeden Sonntag nach dem 17., nachmittags 3 Uhr,
 in Landgrafs Salon.
Weißstein. Jeden Sonntag nach dem 15.

Kameraden, erscheint zahlreich und pünktlich in diesen Versammlungen!

Außerordentliche Zahlstellenversammlungen

Sonntag, den 20. August 1905:

Brambauer. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Bieler.
Wie stellen wir uns zu unserm Knappschäftsältesten Aug. Penning?
Referent: Kamerad Bartels, Dortmund.

Gemeinsch. Zahlstellenversammlungen

Sonntag, den 20. August 1905:

Caternberg I und II. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn
Kethmeier. — Stellungnahme zu der Wahl von Arbeiterauschü-
mitgliedern. — Zu dieser Versammlung sind alle Verbandsmitglieder,
welche auf der Besche Zollverein, Schacht IV und V, arbeiten,
bringend eingeladen.

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen

finden statt:
Sonntag, den 20. August 1905:

Bergerhausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Hahberg.
Das neue Berggesetz und Stellungnahme zu den Arbeiterauschüffen.
Referent: Th. Wagner, Efen.
Berghofen u. Ums. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Godel.
Die Verggegesebnelle und die Forderungen der Bergarbeiter. —
Referent: Kamerad Hansmann, Gichlinghofen.
Bosfel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiltz, Mönning-
hoff in Bosfel. — Was hat die Regierung den Bergarbeitern
versprochen und was hat sie gehalten?
Gichling. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wünschermann
in Silberholz. — Warum müssen wir uns organisieren? Die
Reform der Verggegesebnung. Verschiedenes.
Holzhausen u. Ums. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn
Schade. — Die Lohn und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter.
Diskussion. Referent: Kamerad W. Böh, Bochum.
Niederbansfeld u. Ums. Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des
Herrn Wisping. — Bergarbeiterschutz und Verggegesebnung. —
Referent zur Stelle.

Sonntag, den 27. August 1905:

Ebborn und Wengern. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Ferd.
Zolle in Wengern. — Was hat uns das neue Berggesetz gebracht?
(Die Beiträge werden um 3 Uhr im Lokale des Herrn Auffermann
einkassiert.)
Garzoyt. Nachmittags 5 Uhr, im Lokal des Herrn Erbach. —
Müssen sich die Bergarbeiter organisieren und was bietet ihnen der
Verband? Diskussion und Verschiedenes.
 Es ist Pflicht aller Kameraden, in diesen Versammlungen zu erscheinen!

Sprengel-Versammlungen

Sonntag, den 23. August 1905:

Werne und Geeren. Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
Wiltz, Kamer in Geeren. — Knappschäftsälteste. Referent:
Knappschäftsältester Kobis, Warten.

Belegschafts-Versammlungen

Sonntag, den 20. August 1905:

Beche Sellerbed. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Braut-
mann, Mülheim, Mühlenstraße. — Stellungnahme zur Still-
legung der Beche Sellerbed. — In dieser Versammlung müssen alle
früheren Belegschaftsmitglieder erscheinen.

Der Stand der deutschen Berggesetzgebung

(Das Verhalten des preuß. Landtages)

Vortrag des Vorsitzenden G. Sachse

gehalten auf der 16. Generalversammlung des
Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands am
15. Juni 1905 in Berlin

Preis 10 Pfg. Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch unsere Vertrauensleute u. Zeitungsboten.

Marxloh u. Fahrn.

Empfehle den Kameraden von
Marxloh und Fahrn mein
**Rasier- und Haarschneide-
Geschäft,**

unter Zusicherung properer und auf-
merksamer Bedienung, sowie
fämtliche Schulbedarfartikel
zu den billigsten Preisen.

Josef Haumann,
Fahren, Warbrudstraße 212,
Verbandsmitglied.

Gladbeck.

Dem Herrn **Heinrich Paul** zu
seinem am 20. August stattfindenden
38. Geburtstag die
herzlichsten Glückwünsche!

und ein **999 Mal** donnerndes
Lebe hoch! Nun,
Schwager, laß Dich nicht lumpen,
Sonnst müssen den ganzen Tag
Auf deinen Namen wir pumpten.
Gewidmet von Schwager u. Schwester.

Silschede.

Da ich auf Besche Deutschland ge-
maßregelt wurde, habe ich ein
Flaschenbiergeschäft

angefangen. Ferner empfehle ich
mich in **Fohlenfahren** und ähn-
lichen leichten Fahren. Ich bitte
die Kameraden, mich zu unterstützen.
Friedrich Kämpmann.

Kolonie b. Unna.

Matratzen und Sofas

werden gut und billig angefertigt;
auch werden selbige zu den billigsten
Preisen dauerhaft aufgepolstert.
Empfehle mich zugleich auch in
Lieferungen von

Bettstellen

in allen Preislagen.
E. Specht,
Sattler und Polsterer,
Luitkenstraße 14.

Dortmund.

Restaurant
Aug. Haarscheidt

Auf dem Berge 6
empfehle
gutes kräftiges Mittagessen
zu **50 Pfg.**

Dortmunder Brauhausbier

1/10 Liter 10 Pfg., 1/2 Liter 15 Pfg.
Zur Abhaltung von Versammlungen
u. Festlichkeiten empfehle meinen
schönen geräumigen Saal.
„Bergarbeiterzeitung“ liegt auf.



Patent-Hut-Mag m. Stiml-Drill.
Silber ogd. 1,20 oder Cap-Mühl
verg. Kopf 1,75 Gold 4,25
Silb. Turner- u. Radfahrer-Ringe
St. 1,50. Gold-Ringe 4,50 von 1,20
an. Melch. (Wasser). Preisliste über:
Uhren, Ketten, Gold- und Silber-
waren zc. gratis u. franco. Uhr-
macher und Wiederverkäufer verk.
Engros-Katalog. Verf. nur gegen
Nachn. oder vorher. Einzahlung.
Umtausch gestattet. 30
Hugo Pincus, Hannover 30

Tapeten, Farben, Leinöl, Lacke, Pinsel, Fensterglas,

kaufen Sie am besten u. billigsten bei
Trompa, Dortmund,
Schützenstraße 19 und Ludwigstr. 16,
an der Brückstr., beim Wiener Café.
Fernruf 2167. 293

Langendroer.

Ich bringe den Kameraden von
Langendroer und Umgegen meine
Obst- u. Gemüsehandlung

in empfehlende Erinnerung; außer-
dem nehme ich **Kohlen-** u. sonstige
leichtere Fahren in Auftrag.
W. Kisker,
Langendroer, Kaiserstraße 5.

292

In unserem Verlage erschien und ist durch die
Zeitungsboten und Vertrauensmänner zu beziehen:

Neue Lieder Gedichte

von
Heinr. Kämpchen
Mit einem Porträt des Verfassers.
Ladenpreis 1 Mark.

Die Mitglieder des Verbandes erhalten dieses
schön ausgestattete Buch für den Vorzugspreis
von **75 Pfg.** Jedem Besitzer des Werkes „Aus
Schacht und Hütte“ werden diese neuen Lieder
unseres bekannten Bergmannsdichters willkommen
sein. Mögen zu den alten Lesern sich recht viele
neue hinzugesellen, sodaß unser Dichter recht bald
eine dritte Sammlung folgen lassen kann.
Verlag der Bergarbeiter-Zeitung.

Lugau-Oelsnitzer Revier.

Sonntag, den 20. August 1905, nachm. 2 1/2 Uhr,
im Gasthof zum braunen Ross, Oelsnitz:

Gewerkschaftsfest

Bestehend in
Garten-Konzert, Festrede und Tanz.
Musik von der berühmten Weidlich'schen Kapelle des Chemnitzer
Volksbundes. — Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Für Unterhaltung für Alt und Jung ist reichlich gesorgt.
Hierzu ladet alle Mitglieder mit ihren werten Familien
freundlichst ein
Das Festkomitee.

Zahlstelle Stray.

Sonntag, den 27. August 1905, nachmittags 4 Uhr,
im Lokale des Herrn Wiltz, Wönninghaus, Stray-Süd:

Geschlossenes Zahlstellen-Fest

Bestehend in
Vortrag, Konzert und Ball.
Eintrittspreis 30 Pfg. Das Festkomitee.

Zahlstelle Herbede.

Sonntag, den 27. August 1905, nachmittags 4 Uhr,
im Lokale der Wirtin Witwe Galsband:

1. Zahlstellenfest

Bestehend in Konzert, Gesangvorträgen, Festrede und Ball,
unter glücklicher Mitwirkung mehrerer Zahlstellen u. Gesangsvereine.
Eintree für Mitglieder 30 Pfg. (Mitgliedsbuch legitimiert),
für Nichtmitglieder 50 Pfg. Damen haben freien Zutritt.
Zu recht zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein
Die Ortsverwaltung.

30 Tage zur Probe

versenden wir, um jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der
Güte unserer Waren zu überzeugen, unser
Silberstahl-Rasiermesser No. 30

fein hohl geschliffen, fertig zum Gebrauch, mit Ersatz, pro Stück M. 1,50
unter (ausjähriger) Garantie. Besteller verpflichtet sich, den Betrag
binnen 30 Tagen ein- oder das Messer retournieren zu lassen. Also kein
Risiko! Mehr als ein Stück versenden
wir nur unter Nachnahme.

umsonst u. portofrei versenden
wir unsere
Hauptpreiskataloge
neueste Ausgabe
mit 20
Abbildungen über Stahlwaren, Lederwaren, Gold- und Silberwaren,
Fleßen, Sennen, Haushaltsartikel sowie viele Neuheiten.
Stahlwarenfabrik
Gebr. Wolfartz, und Versandgeschäft, Wald b. Solingen No. 83

Protokoll

über die Verhandlungen des
Bergarbeiter-Delegiertentages
für Preußen

(einberufen von der Siebener-Kommission)

abgehalten von Dienstag, den 28. März
bis Donnerstag, den 30. März 1905 im
Gewerkschaftshause, Berlin, Engelufer 15

Preis 50 Pfg.
Für Mitglieder des Verbandes Ausnahmepreis 25 Pfg.

Saarabien vor Gericht!

Bericht über den Prozess Hilger
gegen Krämer (Verbandsmitglied)
nach stenograph. Aufzeichnungen.

Der Bericht über den sensationellen Prozeß der saarabischen
Gewerkschaft gegen unseren Kameraden Krämer umfaßt ein statt-
liches Buch von 131 Seiten. Es ist ein höchst wichtiges zeitgeschichtliches
Dokument der vielgerühmten „Bergarbeiterherlichkeit“, das sich jeder
Bergmann, der nach Aufklärung strebt, anschaffen mußte.
Dem Prozeßbericht geht eine „Einleitung“ voraus, in der die Entstehung
und politische Bedeutung der saarabischen Zustände geschildert wird.
Kein Bergmann darf die Anschaffung dieses Buches versäumen, denn es
enthält unvergleichlich wertvolles aufklärendes Material. Der Laden-
preis ist 50 Pfennig. Dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes ist es
durch Abschluß einer Massenlieferung aber gelungen, von dem
Verlag (Buchhandlung Vorwärts, Berlin) einen **Vorzugspreis** zu er-
halten, in folgedessen kostet das Buch, von unsern Vertrauensleuten be-
zogen, für die **Verbandsmitglieder nur 30 Pfg.** Dieser Preis
ist außerordentlich billig, deshalb kann sich jedes Mitglied „Saara-
bien vor Gericht“ anschaffen. Die Bestellungen bitten wir sofort an
unsere Vertrauensleute (Ortsverwaltungen) zu richten, nur Mitglieder
genießen den Vorzugspreis von 30 Pfg.
Verbandsmitglieder, bestellt alle das hochwichtige Buch, es ist un-
gemein belehrend und enthält wertvolles Agitationsmaterial.